117. Donnerstag den 23. Mai 1861. 117.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 23. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bisherigen Kommandeur der 10. Division, General-Lieutenant z. D. Baron von der Goltz, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen Kommandanten von Thorn, General-Major a. D. von Prittwitz, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Königlich schwedischen Obersten und Kabinets-Kammerherrn von Rosenswärd den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Königlich schwedischen Premier-Lieutenant im 2. Leib-Garde-Regiment und Kammerherrn Grafen Lewenhaupt den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, so wie dem Steuer-Einnehmer Ammon zu Kaukehmen im Kreise Niederung und dem Stadt-Sekretär Preußner zu Soest den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; ferner dem Stadtphysikus Sanitätsrath Dr. Hammer zu Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath zu verleihen; den seitherigen Landraths-Amts-Verweser, Regierungs-Assessor Adolph Woldemar von Bülow zum Landrathe des Kreises Ruppin im Regierungs-Bezirke Potsdam, und den Kaufmann Johann Friedrich Wilhelm Niebuhr in Rangoon zum Konsul daselbst zu ernennen; so wie dem praktischen Arzt ꝛc. Dr. Weidgen zu Ahrweiler den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; endlich dem Senats-Präsidenten bei dem Appellationsgerichtshofe zu Köln, Geheimen-Justiz-Rath Dr. Heimsoeth, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Bayern Majestät ihm verliehenen Komthur-Kreuzes des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael und dem Geheimen Regierungs-Rath a. D. und Ober-Inspektor der Rheinschifffahrt, Bitter zu Mannheim, zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens dritter Klasse zu ertheilen.

Der Kaufmann August Nilson in Helsingborg ist zum diesseitigen Konsular-Agenten daselbst bestellt worden.

Am Gymnasium zu Soest ist die Anstellung des Dr. Duden als Oberlehrer genehmigt worden.

Am Elisabeth-Gymnasium zu Breslau ist die Anstellung des Dr. Schillbach als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

An der Realschule zu Grünberg ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Hofmann als Ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. Durchlaucht der Fürst von Schaumburg-Lippe ist vorgestern Abend und Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin gestern früh hier eingetroffen und im Königlichen Schlosse abgestiegen.

Abgereist: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Gouverneur von Königsberg, von Schöler, nach Königsberg; der Großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staatsminister von Levetzow nach Schwerin.

Nr. 122 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Zirkular-Erlaß vom 27. Februar 1861, betr. den Geschäftsgang bei den medizinischen Staatsprüfungen; ferner Seitens des k. Ministeriums des Innern eine Verfügung vom 23. Febr. 1861, daß die ausscheidenden Stadtverordneten bis zur Einführung der neugewählten in Thätigkeit bleiben.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Mittwoch 22. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags brachte Tisza eine schriftliche Motion ein, in welcher er die Einsetzung eines Komité's beantragt, das während der Adreßdebatten die dringende Rechtspflegefrage berathen und auf Grundlage der Judex-Kurialkonferenz-Beschlüsse dem Landtage ein Rechtsprovisorium vorschlagen soll, damit die Rechtspflege interimistisch geordnet werde, bis der Landtag Zeit haben wird, die Kodifikationsarbeiten vorzunehmen.

Paris, Mittwoch 22. Mai Abends. Der Prinz Napoleon ist an Stelle des Prinzen Murat zum Großmeister der Freimaurer in Frankreich gewählt worden.

Marseille, Mittwoch 22. Mai. Mit der Levantepost hier eingetroffene Berichte aus Beyrut vom 10. d. melden, daß der christliche Kaimakam seine Dimission gegeben und daß die Pforte die Bestätigung der Todesurtheile Kazchids und der Drusenchefs verweigert habe. Die Lage der Türkei ist beunruhigend.

Nach eingegangenen Nachrichten aus Lissabon sind die Cortes daselbst am 20. d. eröffnet worden.

(Eingeg. 23. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. ☾ Berlin, 22. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Der König nahm heute Vormittags die Vorträge der Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel und des Geheimrathes Illaire entgegen und empfing darauf den Besuch des Fürsten von Schaumburg-Lippe, welcher gestern Abends zum Besuch am Hofe eingetroffen und im Schlosse abgestiegen ist. Als der Fürst, welcher bis Sonnabend hier verweilen will, das Palais verließ, um auch den Mitgliedern der königlichen Familie seine Visiten zu machen, fuhren der König und die Königin ins Schloß und begrüßten dort die Frau Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, welche kurz zuvor aus Ludwigslust hier angekommen war. Die hohe Frau fuhr schon um 2 Uhr Nachmittags zur Königin-Wittwe nach Schloß Sanssouci, woselbst sie bis Freitag Abends bleiben wird. Am Sonnabend früh beabsichtigt die Frau Großherzogin Alexandrine von hier aus nach Ludwigslust zurückzukehren und erst später eine Badereise anzutreten. — Der Fürst von Hohenzollern ist heute früh von Düsseldorf hierher zurückgekehrt und nahm derselbe bereits an der Konferenz Theil, welche der König mit den Ministern v. Auerswald, v. Schleinitz, Graf Schwerin ꝛc. hatte. Um 5 Uhr war im königlichen Palais aus Anlaß des Besuchs des Fürsten zu Schaumburg-Lippe Tafel, zu der außer den hohen Herrschaften auch die königlichen Gesandten Graf v. Galen, v. Heydebrand u. d. Lasa, Graf Perponcher, Graf Pourtalès, Generalfeldmarschall v. Wrangel und andere höhere Militärs geladen waren. Gleichzeitig war auch beim Kronprinzen Diner. Unter den Gästen befanden sich die Minister, mehrere Gesandte, Militärs und Landtagsmitglieder. Nach dem Theater ist Theegesellschaft bei den Majestäten, in der alle hohen Herrschaften, die Minister, Generale ꝛc. erscheinen werden. — Der Prinz Adalbert, der sich bereits gestern am Hofe verabschiedet hatte, ist heute Mittags mit seiner Gemahlin, der Frau v. Barnim, zu einer mehrwöchentlichen Kur nach Karlsbad abgereist und will später noch einen längeren Aufenthalt im Bade Homburg nehmen, woselbst auch die Fürstin Liegnitz einige Wochen zur Kur verweilen wird. Gegenwärtig befindet sich dieselbe noch auf ihrer Villa in der Schweiz.

Die Minister der kleinen deutschen Staaten, welche sich hier einige Tage aufgehalten und mit mehreren Ministern Konferenzen abgehalten haben, sind jetzt bereits wieder abgereist; der Letzte war Herr v. Seebach aus Gotha. Aus Brüssel ist heute Graf v. Redern hier angekommen und einige andere Mitglieder unserer auswärtigen Diplomatie werden in den nächsten Tagen erwartet. Heute ist Vely Pascha, türkischer Gesandter am französischen Hofe, aus Paris hier eingetroffen; derselbe überbringt, wie schon früher gemeldet, unserm Könige den ihm vom Sultan verliehenen Orden. Vely Pascha machte heute Mittag bereits, in Begleitung des türkischen Gesandten, Aristarchi Bei, dem Minister v. Schleinitz seine Aufwartung und morgen, höre ich, soll er vom Könige in feierlicher Audienz empfangen werden. — Am Sonntag giebt der Minister diesem außerordentlichen Gesandten zu Ehren ein solennes Diner, zu dem außer den Gesandten auch der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der General der Kavallerie Graf Nostitz und andere höhere Mtlitärs, die Präsidenten beider Häuser des Landtags ꝛc. bereits geladen sind. Vely Pascha hat für seinen Aufenthalt in Berlin mehrere Tage bestimmt und will während dieser Zeit die Sehenswürdigkeiten unserer Stadt, die Militäranstalten, die Kasernements ꝛc. in Augenschein nehmen. — Gestern Abend wurde wieder auf dem Schützenplatze der gröbste Unfug getrieben, Buden umgeworfen, gelärmt und getobt. Je mehr die Polizei bemüht war, die Ruhe wiederherzustellen, desto ärger wurde der Skandal. Zwischen 8 und 10 Uhr Abends trat aber endlich die Schutzmannschaft in Masse auf und es gelang ihr endlich, die Tumultuanten auseinanderzujagen. Die neue Königsstraße war eine Zeitlang gar nicht zu passiren, so groß war die Menschenmenge, welche sich dort versammelt hatte und allerhand Unfug trieb. Schließlich wollte man dem Präsidenten eine Katzenmusik bringen, doch wurde dies verhindert.

Oestreich. Wien, 20. Mai. [Die ungarische Frage.] Eötvös' Rede hat manche Illusionen zerstreut. Bei aller Loyalität in der Form predigt die Partei, die in diesem Staatsmanne ihren Führer sieht, denn doch nichts Geringeres als was Teleky auch wollte, die administrative Abtrennung Ungarns vom Reichskörper und damit dessen Schwächung. Auf den Standpunkt dieser Parteien eingehen, hieße genau dasselbe, was die Extremsten in Ungarn wollen, die Verlegung des Schwerpunktes der Monarchie nach Ungarn, das Aufgehen des deutsch-slavischen Kaiserreichs in der zu rekonstituirenden ungarischen Monarchie. Wie Staatsmänner, die von den Gesichtspunkten, welche den ungarischen Landtag leiten werden, schon längst unterrichtet sein mußten, nur für einen Augenblick sich der Selbsttäuschung hingeben konnten, es werde zu einer Einigung mit Ungarn kommen, ist unbegreiflich, wenn man eben Selbsttäuschung als vorhanden annehmen will. Und doch muß diese auf der Seite der deutschen Kabinetsmitglieder vorhanden gewesen sein, wenngleich Baron Vay über das Mißlingen des Kompromisses, das er seinen deutschen Amtsgenossen mit großer Zuversicht in Aussicht gestellt haben soll, schwerlich einen Zweifel gehabt haben wird. (BHZ.)

— [Die Parteien im Abgeordnetenhause.] Im Abgeordnetenhause bilden sich bereits drei nationale Parteien. Die Polen, unter der Führung des Advokaten Smolka und des Grafen Potocki, haben ein ganz bestimmtes Zukunftsziel im Auge; sie akkommodiren sich der Gegenwart und den thatsächlichen Verhältnissen, so lange es jenes nicht kompromittirt. Die Polen sind überall die Gleichen, ihre Taktik ist bekannt und bedarf keiner näheren Erwähnung; hierlands sind sie durch die Ruthenen in ihren nationalen Bestrebungen gespalten, und durch die Bekenner der griechischen und der katholischen Kirche noch in konfessioneller Beziehung gehemmt. Ein noch größeres Hinderniß ist ihnen das Verhältniß zu den Bauern, die Anhänger der Regierung blieben und durch nichts ins andere Lager gezogen werden können. Die Abgeordneten aus der Bukowina, unter der Leitung des Bischofs, der deutsch versteht, stimmen stets mit den Ministern. Die eigentliche polnische Fraktion besteht sonach kaum aus 30 Mitgliedern, die sich in einzelnen Fragen nach demokratischen und konstitutionellen Schattirungen zertheilen. Die Fraktion der Czechen, unter dem sichtbaren Oberhaupt Rieger und dem unsichtbaren Lenker Palacky, verfügt kaum über 20 Stimmen; das ist das ganze Taboritenlager um die heilige böhmische Krone. Die Czechen, ihre Minorität anerkennend, suchen sich dadurch zu verstärken, daß sie sich als die Avantgarde der slavischen Völkerfamilie ausgeben; sie ziehen vor Allen die Mährer und Schlesier als Annektirte in ihren Kreis und duzen die Kroaten und Serben, obwohl diese von ihrer Sprache kaum den Brudergruß verstehen. Die Letzteren aber sehen eben so hochmüthig wie die Magyaren von ihrer staatsrechtlichen souveränen Stellung herab auf die Czechen, namentlich deshalb, weil die Czechen eine Allianz mit dem Feudalisten und antikonstitutionellen Grafen Clam eingehen mußten, um wenigstens eine beachtenswerthe Minorität zu bilden. Die Czechen trennen sich noch von den Polen, da jene den Einheitsstaat bei der größtmöglichen Autonomie der Provinzen anerkennen, diese nur das Letztere anstreben, um zu gelegener Zeit die daraus entstehende Schwäche des Staates benutzen zu können. Die dritte Partei ist die deutsche, die eigentlich keinen Führer hat. Man könnte etwa den Minister von 1848, den späteren Gesandten im Haag, Baron Dobblhof, dafür bezeichnen, weil er sich um die Zusammenhaltung dieses Klubs besonders bemüht; die Advokaten Mühlfeld und Giskra sind das Agens dieser Fraktion. Sie hat aber noch kein Programm zu Stande gebracht, wenn man nicht allgemeine Grundgesetze dafür gelten lassen will; die Einheit des Staates wird freilich auf das Banner geschrieben, aber über die Mittel, Ungarn dafür zu gewinnen, kam es noch zu gar keiner Verständigung. Diese Partei urgirt ganz besonders das Ministerium, das Verhältniß und seine Absicht klar vorzulegen, damit das Parlament entweder bloß als deutsch-slavisches oder als gesammtstaatliches fungire. Die deutsche Partei wird durch die großöstreichische namhaft vergrößert, wenn diese auch sonst mit ihr nicht harmonirt; die Letztere besteht nur aus einzelnen Personen der verschiedenen Kronländer, die sich noch zu keinem Klub vereinen konnten. Die Deutschen und die Großöstreicher verfügen mindestens über 120 Stimmen. (K. Z.)

— [Verhältniß zu Ungarn.] Die Verhandlungen in dem ungarischen Unterhause zu Pesth verfehlen ihre Wirkung auf die hiesige Stimmung keineswegs. Der Rest von Sympathien, welche man hier und da noch für die herrschende Völkerschaft jenseit der Leitha hegte, ist, Dank der immer zunehmenden Anmaaßungen ihrer Wortführer, dem gänzlichen Verschwinden nahe. Auf einen Ausfall, den sich einer jener magyarischen Parlamentsredner, welche man bisher zu überschätzen gewohnt war, auf Deutschland erlaubte, antwortet die „Ostd. Post" unter Anderem: „Die Deutschen in Deutschland bekennen ohne Scham, daß sie in politischen Dingen noch viel von England zu lernen haben, würden aber Jeden mit Spott abweisen, der sie deshalb nach Ungarn in die Schule schicken wollte. Deshalb, wenns beliebt, nichts mehr davon, daß man im Pesther Nationalmuseum über Deutschlands Wohlsein Wache hält!" Was die Regierung dem ungarischen Landtage gegenüber unternehmen werde, darüber vernimmt man Folgendes: Der Kaiser werde die ungarische Adreßdeputation empfangen, in seiner Antwort aber auf das Verfassungspatent vom 26. Februar hinweisen und auffordern, Abgeordnete zum Reichsrath zu wählen. Bei fortwährendem Widerstande würden unmittelbare Wahlen in Ungarn u. s. w. ausgeschrieben werden und, falls diese vereitelt würden, nichtsdestoweniger die Beschlußfähigkeit des Reichsrathes für die ganze Monarchie anerkannt werden. (N. P. Z.)

Gran, 17. Mai. [Die Steuereintreibung.] „Pesti Naplo" schreibt: Der heutige Tag war einer der kritischen Tage, denen wir entgegengehen. Mit fester Entschlossenheit empfingen wir das zur Eintreibung der ungesetzlichen Steuern hergekommene k. k. Militär, dessen Rittmeister seine Söldlinge vor dem Komitathause aufstellte, und mit einem kleineren Theile derselben hineindrang. Hier fragte er zunächst nach der Wohnung des ersten Vizegespans, und da er ihn nicht zu Hause fand, drang er in die Wohnung des Stuhlrichters Julius Andrassy, wo noch acht Beamte anwesend waren. Den erwähnten Stuhlrichter herrschte er mit gebieterischer Sprache an, der Stuhlrichter empfing ihn aber mit ernster Entschlossenheit sitzend, worauf der Rittmeister ihm aufzustehen befahl, aber die Antwort erhielt: „Das ist mein Zimmer, hier bleibe ich sitzen, mit Gewalt können auch Sie Platz nehmen." Auf die Aufforderung des mitgekommenen Steuerinspektors, die k. k. Steuer-Hauptbücher herzugeben, erwiderte der Stuhlrichter: „Ich sage Ihnen nicht, daß die Bücher hier sind, ich sage Ihnen auch nicht, daß sie nicht hier sind; Sie können mit Gewalt nachsuchen, aber ich werde freiwillig zu Nichts meine Hand bieten, denn mich verpflichten nur unsere Gesetze und die Beschlüsse unseres Komitates." Hierauf griff der Rittmeister zu einem Schreckmittel, er befahl nämlich zwölfen seiner Leute, im Vorzimmer zu bleiben und Niemanden hinauszulassen. Unsere Gefangenen aber sangen trotz ihrer mit aufgepflanztem Bayonnett draußen stehenden Wächter das Szozat laut und mit Begeisterung. Während dessen schickte der Rittmeister um den Rechnungsführer, aber die Komitats-Haiducken wollten ihm nicht gehorchen und wurden deshalb unter Bewachung gestellt. Ein Pandur wurde zwischen Bayonnetten um den Rechnungsführer geschickt. Inzwischen langte der erste Vizegespan an, der, als er das Vorgefallene erfuhr, den Rittmeister mit männlichem Muth und würdevoller Entschlossenheit aufmerksam machte, daß er nicht bevollmächtigt sei, eigenmächtig Strafen zu ertheilen, umsoweniger Beamte zu Gefangenen zu machen, sondern einfach Steuern einzutreiben, wobei er von konstitutionellen Beamten keine Mitwirkung hoffen könne. Diese Worte schienen zu wirken, denn sogleich wurden die Beamten und Komitatsdiener freigelassen. Die verlangten Steuerbücher kamen aber nicht zum Vorschein. Hierauf wurde nach den Kassirern geschickt, aber es war keiner zu finden. Die Soldaten zogen sich nun zurück und quartirten sich in der Stadt ein.

Bayern. München, 21. Mai. [Die Würzburger Konferenz.] In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, die Konferenz in Würzburg werde nicht die Aufgabe haben, für das Armeekorps der Mittelstaaten einen Oberkommandanten zu ernennen, sondern lediglich die, das Reglement für den Transport und die Verpflegung festzustellen. Die Wahl des Oberkommandanten sei für später vorbehalten.

Hannover, 21. Mai. [Handelsvertrag mit Rußland; Bevölkerungsstatistik.] Laut einer Verkündigung im neuesten Hefte der Gesetzsammlung ist zwischen den Regierungen Rußlands und Hannovers verabredet, daß, immer gegenseitig, vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt stattfinden, jedweder im Staate des Andern freien Zutritt haben und die vollen Verkehrsbegünstigungen der Eingeborenen genießen soll, und daß

der Fremde Grundstücke jeder Art erwerben kann, ohne anderen Abgaben, Steuern oder Verpflichtungen als der Einheimische zu unterliegen. Diese hier nur im Umriß angedeuteten Bestimmungen sind wörtlich dem Eingangsartikel des im Juni 1857 zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrages entnommen. — Einer Mittheilung aus dem statistischen Büreau zufolge hat sich, mit Ausnahme der Jahre 1822 und 1825, die Bevölkerung des Königreichs nie stärker vermehrt, als im Jahre 1859; die Aufzeichnungen reichen jedoch nur bis 1817 zurück. Bei 62,261 Geburten und 41,670 Todesfällen betrug die Zunahme 20,591. Die Zahl der Trauungen (16,204) hat um 177 gegen das Vorjahr ab-, die der unehelichen Geburten (6950) um 217 zugenommen und überhaupt den höchsten nachweisbaren Stand erreicht. An Mehrlingsgeburten sind 817 Zwillings- und 7 Drillingsgeburten verzeichnet. (Pr. Z.)

Sachsen. Dresden, 21. Mai. [v. Ammon †.] Am 18. d. ist hier nach 14tägigen schweren Leiden der königliche Leibarzt Geh. Medizinalrath Dr. Friedrich August v. Ammon (geb. 1799) gestorben.

Baden. Heidelberg, 19. Mai. [Deutscher Handelstag.] In der gestrigen letzten Sitzung des Handelstages stellte der Abgeordnete Behrend den Antrag: an den Großherzog eine Deputation zu schicken, um demselben die Gefühle der Ehrerbietung und des Dankes von Seiten der Versammlung darzubringen. Dieser Antrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen, und sofort eine Deputation bezeichnet, welche aus Vertretern von Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Sachsen und den Hansestädten bestand, und welche sich Nachmittags nach Karlsruhe begab, wozu die großherzogl. Eisenbahnverwaltung in zuvorkommendster Weise sich erbot, den betreffenden Mitgliedern die nöthigen Wagen zur Verfügung zu stellen. Es wurde sodann zur Wahl der 15 Mitglieder des bleibenden Ausschusses geschritten, die Feststellung des Skrutiniums aber einer besonderen Kommission überlassen, dessen Resultat später bekannt gegeben wird. Dagegen erfolgte sogleich ein Resultat in Bezug auf die Wahl des Orts für die nächste Versammlung, wozu mit überwiegender Stimmenmehrheit (64 Stimmen) München bestimmt ward. In Vorschlag waren noch Leipzig, Nürnberg, Braunschweig und Stuttgart. Es wurde sodann die Berathung über den vierten Hauptantrag (Handelsgesetzbuch) zu Ende geführt, und die Abstimmung erzielte folgende Fassung: Der deutsche Handelstag erklärt:

I. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches nach den Beschlüssen der letzten Lesung möge sofort und unverändert in allen deutschen Bundesstaaten eingeführt werden. II. Bei Einführung des Handelsgesetzbuches möge durch die Regierungen und Stände der einzelnen Bundesstaaten von dem in Art. 1, Alinea 3 des Handelsgesetzbuches gemachten Vorbehalt kein Gebrauch gemacht werden. III. Es möge überall und möglichst gleichzeitig mit dieser Einführung die Organisation von Handelsgerichten in Angriff genommen werden, und zwar nach folgenden leitenden Prinzipien: 1) In Handelssachen entscheiden nur Handelsgerichte. 2) Handelsgerichte sind an allen denjenigen Orten zu errichten, wo die Verhältnisse eine sachgemäße Besetzung derselben ermöglichen. 3) Die Urtheile der Handelsgerichte werden von kaufmännischen Richtern unter einem rechtsgelehrten Vorsitzenden gefällt. 4) Bei Errichtung von Appellationsgerichten in Handelssachen ist auf geeignete Berücksichtigung des kaufmännischen Elements Bedacht zu nehmen. 5) Das Verfahren vor Handelsgerichten ist ein summarisches, mündliches und öffentliches. IV. Es möge durch Vereinbarung der deutschen Regierungen und Stände baldmöglichst ein gemeinsamer oberster deutscher Gerichtshof zur Erhaltung der Einheit und gemeinsamen Fortbildung des deutschen Handelsrechts ins Leben treten. V. Es mögen sich die deutschen Regierungen über ein oder mehrere Zentralblätter behufs der durch das Handelsgesetzbuch vorgeschriebenen Veröffentlichung der im Handelsregister einzutragenden Vermerke einigen. VI. Es mögen die deutschen Regierungen und Stände alsbald eine Kodifikation des Fallitenrechts und des gesammten bürgerlichen Verkehrsrechts für sämmtliche deutschen Bundesstaaten in Angriff nehmen, und bei dieser Gelegenheit 1) über die gleichmäßige Beseitigung des in den Art. 25, Alin. 3, Art. 46, Alin. 2, Art. 87, Alin. 2, Art. 115, Art. 129, Alin. 5, Art. 135, Alin. 4, Art. 155, Alin. 3, Art. 171, Alin. 3, Art. 233, Alin. 2, aufgestellten, die erforderliche Sicherheit des deutschen Handelsverkehrs in empfindlicher Weise beeinträchtigenden Prinzips Bedacht nehmen; 2) auf eine gleichmäßige Revision der zahlreichen, in dem Handelsgesetzbuch an den kaufmännischen Stand eines oder beider Betheiligten geknüpften, insbesondere der in den Art. 309—311, 313, 297 aufgestellten eigenthümlichen Rechtsgrundsätze Bedacht nehmen; 3) die praktisch undurchführbare Scheidung zwischen einer Kommanditgesellschaft und einer stillen Gesellschaft (Art. 150 ff., 250 ff.) beseitigen; 4) die in den Art. 345, Alin. 3, Art. 349, Alin. 2, enthaltenen Normen in geeigneter Weise ergänzen.

Hinsichtlich eines eingebrachten, vielfach unterstützten Amendements auf Erlassung eines allgemeinen deutschen Eisenbahngesetzes wurde beschlossen, daß die Sache dem bleibenden Ausschuß zur weiteren Vorbereitung der Frage für den nächsten Handelstag zu überweisen sei. In der vorgestrigen Sitzung gab das Präsidium der Versammlung Kenntniß von einem Schreiben, das von Seiten eines deutschen Vereins in London an den versammelten Handelstag gerichtet ist, und worin diesem empfohlen wird, bei der 1862 stattfindenden Weltausstellung durch eine gemeinsame deutsche Zentralkommission die Interessen des deutschen Gewerbfleißes wahrnehmen zu wollen.

Frankfurt a. M., 21. Mai. [Nationalverein.] Am 17. d. fand hier eine Versammlung von hiesigen Mitgliedern des Nationalvereins unter Vorsitz von Fries aus Weimar statt, in der u. A. ein Antrag des Oberlehrers Dr. Stern, das Betragen des englischen Ministers, der es neulich in der Macdonaldgeschichte gewagt, die Ehre des deutschen Volkes durch spöttische Aeußerungen über unsre Gesetzgebung anzutasten, als ungebührlich zurückzuweisen, angenommen wurde.

Hessen. Kassel, 20. Mai. [Einberufung des Landtags; Wahlen.] Durch Ministerialschreiben vom 16. d. ist der Landtag auf den 6. Juni einberufen. — In Fritzlar und Marburg unterlag die Regierungspartei bei den vorgestern stattgefundenen Wahlen und in Rinteln wurde der verfassungstreue Bürgermeister Peter fast einstimmig wiedergewählt. Die am Tage zuvor in Homburg, Neukirchen und Obernkirchen vollzogene Wahl der Wahlmänner geschah unter Rechtsvorbehalt und fiel im Sinne der Freunde der Verfassung von 1831 aus.

Holstein. Kiel, 19. Mai. [Die dänischen Rüstungen.] Es hat sich allen zuverlässigen Nachrichten aus Schleswig zufolge vollkommen bestätigt, daß in der Befestigung der Dannewirke- und Düppelstellung nur langsame Fortschritte gemacht werden. Eingestellt sind die Arbeiten freilich nirgends, aber man beschäftigt sich mehr mit den Vorbereitungen von Annäherungshindernissen, als mit den eigentlichen Festungswerken. Früheren Meldungen über diesen Punkt ist hinzuzufügen, daß man dänischerseits auch in der Gegend von Kappeln Terrainrekognoszirungen vorgenommen hat, welche auf fortifikatorische Sicherung des dortigen Schleiüberganges hindeuten. Seit längerer Zeit ist es im Werke, aus Privatmitteln dort eine feste Brücke herzustellen; pekuniäre Verhältnisse und Mangel an Theilnahme Seitens der Regierung haben das Zustandekommen derselben bis jetzt aber verhindert und die gegenwärtigen Kriegsaussichten sind dem Plane selbstverständlich auch nicht günstig gewesen. Natürlich wird die Ausführung vor der Hand jedenfalls unterbleiben. — Bei den verschiedenen Truppengattungen, hauptsächlich aber bei den verdoppelten Infanteriebataillonen bemerkt man eine hier zu Lande seltene Regsamkeit, es wird täglich und namentlich viel im Feuer exerzirt; in welchem Maaßstabe diese Uebungen stattfinden, ergiebt sich aus der Thatsache, daß kein Bataillon über 200 Mann stark ist, die Kompagnien also höchstens in der Stärke von 20 Rotten (zu 2 Gliedern) ausrücken werden. Anders verhält sich die Sache bei der Reiterei und Artillerie, wo bekanntlich keine Doublirung der Truppenkörper stattfindet. Beide Waffengattungen werden genügende Frontstärke aufzuweisen haben. (Pr. Z.)

Sächs. Herzogth. *** Gotha, 21. Mai. [Die Geschäftsergebnisse der hiesigen Lebensversicherungsbank] im Jahre 1860, worüber demnächst der Bericht erscheinen wird, waren günstiger als in irgend einem der früheren Jahre. Diese Gunst zeigte sich theils in dem Zugange einer großen Zahl neuer Mitglieder (1437 mit 2,698,700 Thlrn. Versicherungssumme), theils in der verhältnißmäßig geringen Ausgabe für Sterbefälle (109,353 Thlr. weniger als die rechnungsmäßige Erwartung,) theils in der Zunahme der (um 534,740 Thlr.) vermehrten Fonds, — theils in dem reichlichen (nunmehr auf $4\frac{1}{2}$ Prozent im Durchschnitt gestiegenen) Zinsertrag der Ausleihungen. Durch jenen Zugang erhob sich, nach Abzug des Abgangs, der Versicherungsbestand für den Jahresschluß auf 22,892 Personen mit 37,418,300 Thlr. Versicherungssumme. Die Zahl der Sterbefälle, für welche Vergütung geleistet werden mußte, war 464, der Betrag der dadurch zahlbar gewordenen Summen 750,700 Thlr. Die Einnahme an Prämien und Zinsen betrug 1,750,156 Thlr., die Ausgabe für Sterbefälle, Dividenden rc. beschränkte sich auf 1,215,416 Thlr., die Differenz von 534,740 Thlrn. wuchs dem Bankfonds zu und erhob denselben auf 10,317,098 Thlr. In diesem fast ausschließlich auf erste Hypotheken von Landgütern ausgeliehenen Fonds sind 200,394 Thlr. für Ausgabereste und sonstige Passiva, 8,305,883 Thlr. für Prämienreserve und Prämienübertrag und 1,810,812 Thlr. für die den Sicherheitsfonds ausmachenden reinen Ueberschüsse begriffen, welche letzteren in den nächsten fünf Jahren (in diesem mit 32 Prozent der bezahlten Prämien) als Dividende an die Versicherten vertheilt werden. Der reine Ueberschuß, welchen das Jahr 1860 ergab, betrug 495,518 Thlr. und verspricht eine Dividende von 38 Prozent. Durch diese so reichlichen Zurückerstattungen stellen sich die Beiträge der Versicherten auf ein ungemein niedriges Maaß herab, während jene ausgedehnten, auf solideste Weise angelegten Fonds jede wünschenswerthe Garantie darbieten.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Mai. [Vom Hofe.] Die königliche Familie ist am Sonnabend Nachmittag nach der Insel Wight abgereist, wo sie wohlbehalten angekommen ist. Gleichzeitig traf daselbst der Prinz Ludwig von Hessen ein. Der König der Belgier wird morgen oder übermorgen erwartet. Sein Besuch auf Osborne ist auf ungefähr 10 Tage bemessen und bleibt wegen der Trauer um die Herzogin von Kent ein strenge privater.

Frankreich.

Paris, 20. Mai. [Tagesbericht.] Die Regierung wird dieser Tage eine ausführliche und, wie es heißt, sehr interessante Denkschrift des Generals Beaufort d'Hautpoul über die Lage Syriens veröffentlichen. — Marschall Pelissier wird auf einige Tage in Urlaub nach Paris kommen. — Man erwartet in gewissen wohlunterrichteten Kreisen für die allernächste Zeit irgend eine entscheidende Wendung der kaiserlichen Politik in der römischen Frage. Herr v. Talleyrand soll bereits unter der Hand seine Vorbereitungen zu seiner baldigen Rückkehr nach Turin treffen. — Hr. Thouvenel hat vor einigen Tagen die Deputirten der separatistischen Staaten der nordamerikanischen Union empfangen. — Die Rede, welche der Herzog von Aumale jüngst in einer literarischen Gesellschaft Englands gehalten hat, darf von französischen Zeitungen nicht wiedergegeben werden; die Präfekten sind angewiesen, auf umlaufende Exemplare zu fahnden. (S. Nr. 115.) — Man spricht von einer neuen Broschüre des Herzogs von Aumale, die jedoch dieses Mal nur im Auslande erscheinen würde. Sie soll den Titel führen: „La France en 1861.“ — Aus den Berichten der Präfekten geht hervor, daß beinahe sämmtliche große Eisengießereien Frankreichs sich weigern, die große Londoner Industrieausstellung zu beschicken. Als Grund dieser Weigerung geben sie an, daß sie durch den Handelsvertrag außer Stand gesetzt seien, mit der englischen Produktion zu konkurriren. — Aus Turin meldet man, daß die ungarische Emigration es für den Augenblick aufgegeben hat, einen Aufstand in Ungarn zu begünstigen, und Kossuth soll seiner Partei Befehl ertheilt haben, sich Deak anzuschließen. — Die französische Flotte hat heute Abend um 5 Uhr Toulon verlassen, um sich nach Syrien zu begeben. Sie ist folgendermaßen zusammengesetzt: Linienflotte: „Bretagne“, Vizeadmiral de Tinan; „Donawerth“, Kontreadmiral Chopart; „Algesiras“, Kontreadmiral Paris; „Eylau“, „Imperial“, „St. Louis“, „Redoutable“, „Fontenoy“ und die Dampfkorvette „Caton“; Transportflotte: Amazone, Aube, Finistère, Vauban, Cacique, Gomer, Descartes, Mogador, Canada, Labrador, Mayenne, Ariège, Moselle. Die Transportschiffe können ungefähr 6300 Mann an Bord nehmen. — Die „Patrie“ widerlegt heute die Nachricht, daß die vom „Diritto“ mitgetheilte Adresse der Römer an den Kaiser von dem Herzoge von Grammont und dem General Goyon angenommen und nach Paris gesandt worden sei. — Said Djemblad, der Drusenhäuptling, welcher im Gefängnisse todt gefunden wurde, sollte, auf das Andrängen Frankreichs, öffentlich hingerichtet werden, während England sich eben so eindringlich für seine Begnadigung verwandte. Fuad Pascha hat den Mittelweg ergriffen, wie es hier heißt, und ihn im Gefängnisse erdrosseln lassen. — Die künstliche Anlegung von Austernbänken wird im Süden Frankreichs mit dem größten Eifer betrieben. In Saint-Tropez ist neuerdings ein Aviso angekommen, welcher 200,000 Austern für den Golf dieser Stadt an Bord hatte.

— [Lucian Murat und Prinz Napoleon.] Bekanntlich wird der Prinz Murat seit einigen Tagen im „Siècle“ und in der „Opinion Nationale“ bei Gelegenheit der bevorstehenden Neuwahl eines Großmeisters der französischen Freimaurerlogen in Frankreich sehr heftig angegriffen. Seine Wiederwahl ist dadurch stark kompromittirt worden, und da er diese Angriffe dem Einflusse des Prinzen Napoleon zuschreibt, so hat er denselben fordern lassen. Der Kaiser intervenirte und verbot das Duell. Prinz Murat störte sich aber nicht daran, sondern ließ dem Prinzen sagen, er werde ihn heute auf dem Kampfplatze erwarten. Noch weiß man nicht, ob ein Duell stattgefunden hat. Was den Prinzen Murat noch besonders gegen seinen Vetter aufgebracht hat, ist der Umstand, daß Letzterer einen höheren Rang als Freimaurer bekleidet und als solcher zum Kandidaten für den freigewordenen Großmeisterstuhl vorgeschlagen worden ist. Unter den Freimaurern selbst herrscht große Aufregung. Ueber 200 sind aus Frankreich und den Kolonien nach Paris gekommen, um sich bei der morgen stattfindenden Wahl eines Großmeisters zu betheiligen. (S. Tel.)

— [Das Cerealiengesetz.] Das dem gesetzgebenden Körper vorgelegte Cerealiengesetz wird mit einer sehr wichtigen Veränderung aus den Kommissionsberathungen hervorgehen. Wie der Korrespondent der „BHZ.“, der „vollkommen in der Lage ist, hierüber unterrichtet zu sein“, versichert, hat die Komission die in dem ursprünglichen Gesetzentwurfe aufgestellte Unterscheidung der Provenancen gestrichen, und der Staatsrath hat sich damit bereits einverstanden erklärt. Es wird also im neuen Cerealientarif keinen Unterschied machen, aus welchem Lande das zu importirende Gut kommt. Ferner wird die Differentialabgabe, die von Cerealien auf fremden Schiffen erhoben wird, niedriger normirt werden. Dagegen soll zum Schutz der französischen Mehlfabrikation der Eingangszoll für fremdes Mehl auf 1 Fr. für den metrischen Zentner festgestellt werden; der ursprüngliche Entwurf tarifirte fremdes Mehl nur mit 75 Ct. Der neue Tarif, wie ihn die Kommission des gesetzgebenden Körpers mit dem Staatsrath vereinbart hat, wird demnach in der Regel nur drei Unterscheidungen kennen, je nachdem die Einfuhr auf französischen Schiffen oder zu Lande oder je nachdem sie auf fremden Schiffen erfolgt. Weizen wird, auf französischen Schiffen oder über die Landgrenze importirt nur 50 Ct., auf fremden Schiffen 1 Fr. Eingangszoll entrichten; Mehl in den beiden ersten Fällen 1 Fr., auf fremden Schiffen 1 Fr. 50 Ct. Roggen, Mais, Gerste, Hafer, trockene Gemüse, Maronen, Kastanien, Kleie und Abfälle sind auf französischen Schiffen und zu Lande zollfrei, auf fremden Schiffen beträgt der Zoll 50 Ct. Oelfrüchte sind vom Eingangszoll ganz frei, Oele bleiben mit 6 Fr. per 100 Kilogr. belastet.

— [Zur polnischen Frage.] Man fängt hier an, die Sache der Polen als halb verloren zu betrachten, weil eingetroffenen sichern Nachrichten zufolge die russische Regierung eine immer festere Haltung gegen den Aufruhr annimmt. Die große Besorgniß der hier lebenden Russen bestand darin, daß die Regierung durch beständiges Nachgeben an eine Schwäche glauben lasse, die im Grunde, wenigstens in dem vorausgesetzten Maaße, nicht existirt. Auch in dieser Beziehung ist die neue polnische Korrespondenz in dem „Journal des Débats“ merkwürdig. Sie rührt von einem der vornehmsten Mitglieder der hiesigen polnischen Emigration her und hebt besonders hervor, daß die russische Regierung, obgleich sie Anfangs Miene machte, die Beamten, welche sich gegen die Warschauer Manifestationen streng gezeigt hatten, zur Untersuchung zu ziehen, dieselben im Gegentheil in jeder Weise auszeichnet. Ferner wird in dieser Korrespondenz behauptet, daß es noch weit mehr den Vorstellungen und dem Einflusse der Führer, als der Gewalt der russischen Armee zu verdanken ist, wenn das polnische Volk keine weiteren Manifestationen gemacht habe. (Pr. Z.)

— [Kalamitäten des Kaiserreichs.] Paris war noch nie, selbst unter dem Kaiserthum nie so demolirt, wie jetzt; man ist schon so weit, schöne neue Stadtviertel zu zerstören und wird sie vielleicht nächstens en gros mit Pulver in die Luft sprengen. Ein schöner Theil der Boulevards liegt in Trümmern und Gesindel haust darauf mit wohlfeilen Rattenpulvern, Hühneraugen-Vertreibungsmitteln u. dgl. m. Und der Zweck dieser Zerstörung? Er ist klar! Man denke sich 100,000 Bauarbeiter und darüber, die Paris anfüllen, ganz abhängig vom Bestehen des Kaiserthums, daneben Tausende von Spekulanten und Grundeigenthümern, die sich bereichern. Die Arbeiter sind zu zahlreich und zu mächtig, um nicht den Unternehmern selbst den Preis der Arbeit vorzuschreiben, zu verwöhnt, um viel zu arbeiten. Die Nationalwerkstätten waren, dagegen gehalten, Muster der freien Arbeit! Wir haben es oft prophezeit: Die Finanzen werden die Klippe sein, an welcher das zweite Kaiserthum scheitert und diese Ueberzeugung beginnt hier, selbst unter den Deputirten, sich Bahn zu brechen. Dabei bedroht das bisher schlechte Wetter mit einer schlechten Ernte und die schwebende Schuld wächst immer! (N. Z.)

Schweiz.

Basel, 19. Mai. [Unglücksfall.] Am 8. d. fand hier ein Unglück statt, das unter Umständen sehr verderblich hätte werden können. Drei Knaben im Alter von 14—16 Jahren wußten sich Eingang auf der Leonhardschanze zu verschaffen, wo sich ein glücklicherweise nicht mehr benutztes Pulvermagazin befindet. Daselbst brachen sie einige der eisernen Läden auf und suchten das zwischen den Dielen befindliche Pulver zu gewinnen. Um aber genauer suchen zu können, leuchteten sie unvorsichtig mit einer Kerze umher, worauf eine Explosion erfolgte, welche das im ganzen Raum in den Fugen zwischen den Dielen befindliche Pulver entzündete, an vielen Stellen den Dielenboden emporriß, die Knaben an die Decke schleuderte und das Dach an mehreren Stellen durchbrach. Glücklicherweise noch bei Besinnung retteten sich die Attentäter mit brennenden Kleidern zu den Fensteröffnungen hinaus, warfen dieselben ab und schrien um Hülfe, sich vor Schmerzen auf dem Rasen umherwälzend. Den herbeieilenden Personen bot sich ein schrecklicher Anblick dar. Mit vom Pulverdampfe geschwärzten blutenden Gesichtern und versengten Haaren lagen die Knaben da, Hemden und Halstücher brannten noch an vielen Stellen und nach Entfernung derselben zeigten sich namentlich bei Einem am ganzen Körper schwere Brandwunden. In Leintücher gehüllt, wurden sie in das Spital geschafft; man zweifelt an dem Aufkommen des einen derselben.

— [Der Brand in Glarus] verzehrte (wie schon telegraphisch gemeldet) nach amtlichem Bericht 500 Häuser in einem Werthe von 8 Millionen Frs. Die Fabriken sind gerettet. Zwei Tage vorher verwarf die versammelte Landgemeinde die Anträge der Regierung auf Milderung des strengen Gesetzes, das während

des Föhnwindes das Anzünden von Feuern, selbst in den Küchen, bedeutend beschränkt. Tags darauf wurden die Spritzen probirt, und Abends 10 Uhr, da Alles müde im Bette lag, brach bei starkem Föhnsturm ein Brand aus, dessen Flamme sich über die hölzernen Gassen so schnell verbreitete, wie wenn mit einem Zündhölzchen über die Dächer gestrichen würde; die steinernen Häuser überspringend, faßte sie in großen Zwischenräumen selbst fernstehende Hütten, so daß die im obern Dorf Helfenden ihre eigenen Wohnungen im untern bald aufflammen sahen. In den Zwischenräumen erstickten einige Menschen vor der großen Hitze, und an Rettung war so wenig zu denken, daß sogar einige Feuerspritzen verbrannten. Aus dem brennenden Telegraphenamt entsandte ein Angestellter, obwohl in der Schweiz kein Nachtdienst besteht, nach allen Seiten Alarmsignale. In dem benachbarten Rapperswyl hatte zufällig ein Telegraphist etwas auf dem Büreau vergessen; als er nach 10 Uhr wieder hineintrat, hörte er das verhängnißvolle Klopfen, alarmirte den Ort und in einigen Viertelstunden war man schon auf der Eisenbahn; den Spritzen von Rapperswyl verdankt man vorzüglich, was in Glarus noch gerettet worden ist. Die Schneefelder des riesigen Glärnisch strahlten den rothen Wiederschein weit in die Lande hinaus; in Chur sah man die Röthe selbst über dem Galanda; auch in Bern sah man sie, aber selbst von Zürich kam die Hülfe zu spät, denn in 3 Stunden war Alles vorbei. Allein Zürich bewährte seinen alten Ruf von Wohlthätigkeit; es hätte 500 Kinder aufgenommen, wenn es nöthig gewesen wäre. Die Schweizer alle schicken sich an, ihre Schuldigkeit zu thun. Nebst der kantonalen Assekuranz von Glarus wird besonders die Privatgesellschaft der schweizerischen Mobiliarassekuranz kräftig auftreten, da sie, über ein Steuerkapital von 345 Millionen verfügend, die 2 Millionen leicht flüssig machen wird, welche sie hier schuldig geworden ist. Dennoch dürften manche Familien für immer ruinirt bleiben. Mögen auch in Deutschland edle Menschen ihrer gedenken. (N. P. Z.)

Genf, 19. Mai. [Ueber die Assisenverhandlungen im Prozeß Marchand], dessen Ausgang bekanntlich den Staatsrath zum Rücktritt veranlaßte, theilen wir nach dem „Bund" Folgendes mit: Der Mißhandler des Herrn Fazy ist Franz Marchand, 44 Jahre alt, geborner Genfer und Schalenmacher. Den 25. März verlangte derselbe auf dem Finanzbureau von Herrn Fazy ein Arbeitsloos bei der Schanzabtragung, und als ihn Herr Fazy an den Chef des Baudepartements wies, so stieß er lebhafte Klagen aus gegen die Bevorrechtigung der Einen vor den Andern. Fazy versprach, ihn zu empfehlen. Marchand verlangte eine bestimmte Zusage und hörte nicht auf zu drängen, bis Herr Fazy ihn mit den Worten fortschickte: vous m'embêtez; worauf Marchand ihn mit gehobenem Arm einen „insolent" nannte, der Magistrat aber einen Stuhl gegen den Bürger aufhob und dieser beim Herbeikommen von Angestellten sich mit der Drohung zurückzog, daß er seinen Mann finden werde. Den andern Tag Abends gegen 6 Uhr, als Herr Fazy aus einer Sitzung nach Hause ging, wurde er auf dem Pont des Bergues von Marchand überfallen und erhielt einen Schlag, der gegen die linke Schläfe gezielt war, aber durch eine glückliche Wendung auf das Gesichtsbein fiel; drei schwächere Schläge auf die Brust folgten mit den Worten: „Da hast Du, was ich Dir versprochen habe." Mit Hülfe eines Herrn Spühler konnte Herr Fazy den Angreifer festnehmen lassen. So berichtet der Mißhandelte. Herr Marchand seinerseits behauptet, Herr Fazy habe den Stuhl gegen ihn aufgehoben, ohne daß ein beleidigendes Wort ihn dazu berechtigt hätte. Im Uebrigen bekennt er, daß er seine Mißhandlung mit Vorbedacht verübt habe, obgleich er von seinen Freunden abgemahnt worden sei. Er habe unter dem Eindrucke des Vorganges auf dem Finanzbüreau gehandelt. Das Verbrechen wird also nicht geleugnet. Von dem aufgehobenen Stuhl sagt Fazy, derselbe habe großen Lärm gemacht, weil er in so schlechtem Zustande war, daß er unter seinen Händen brach. Er habe dann einen stärkeren zur Hand genommen. Nach der Angabe Marchands hätte ihn Fazy von vorneherein mißmüthig empfangen, auf das Pult geschlagen und mit „crétin" um sich geworfen u. s. w. Das Wort „insolent" habe Marchand erst ausgesprochen, als Fazy gesagt: „Glaubt Ihr denn, daß ich Euch Alle ernähren soll?" Gegen die Bemerkung des Herrn Fazy, daß Herr Marchand von Angestellten zur Thür hinausgestellt worden sei, will Herr Marchand nichts wissen; ein einziger Angestellter habe ihm gesagt: „Gehen Sie doch; Sie sehen, daß Herr Fazy nicht bei guter Laune ist, wie ihm dies hin und wieder begegnet." Anlangend den Schlag, sagt Marchand, der eine verkrüppelte Hand hat, er habe dem Gegner nicht weh thun, sondern bloß eine Schmach zufügen wollen. Er wollte ihn auf die Nase treffen, aber durch eine Bewegung des Herrn Fazy sei der Streich auf die Stirn gegangen. Hinterlistig war der Schlag nicht, denn Fazy sah den Angreifer kommen, und brachte seine Hände, die er sonst immer auf dem Rücken gekreuzt trägt, nach vorn und bediente sich derselben zu Gegenstößen. Festgenommen wurde ich nicht, sagt Marchand, sondern ging frei mit dem Polizeimann. Eine Entschuldigung für Herrn Marchand war, daß er dem Herrn Fazy durch den Präsidenten der Handelskammer empfohlen zu sein glaubte.

Italien.

Turin, 19. Mai. [Tagesnotizen.] Ein königliches Dekret verordnet, daß alle Gold- und Silbermünzen folgende Inschrift um das königliche Bildniß haben müssen: „Vittorio Emmanuele II." und auf der Rückseite: „Regno d'Italia". Auf den Bronzemünzen wird die Inschrift um das königliche Bildniß folgende sein: „Vittorio Emmanuele, rè d'Italia", und auf der Rückseite zwei in einander geschlungene Lorbeer- und Eichenzweige, über welchen sich ein Stern befindet. — Am 16. Mai sind in Turin vier Deputirte aus Nordamerika angekommen, um hier eine Freischaar für die amerikanische Union zu werben. Mehrere Garibaldianer sind bereits in diese Legion eingetreten, andere sind erbötig nach Newyork zu folgen. — Aus Livorno, 16. Mai, wird gemeldet: Die Volkszusammenrottungen in der Nähe von Capella Valdese wiederholen sich, bleiben jedoch durch die aufgebotene Truppenmacht unschädlich. — Wie die „Italia" unterm 10. d. meldet, behauptet sich die auf den Höhen von Monticelli gesammelte bourbonistische Schar, die aus ungefähr 1200 Mann unter Chiavone besteht, noch immer in ihrer befestigten Stellung. Zwei aus Sicilien kommende piemontesische Regimenter wurden in Gaëta ausgeschifft und nach jenem Punkte dirigirt, den sie nunmehr zerniren. — In Palermo ist nach Turiner Nachrichten die Reaktionspartei in der Auflösung begriffen. Jedoch, sagen diese Berichte, behagt die Konskription den Sicilianern noch weniger als den Bewohnern Umbriens; man kann rechnen, daß beinahe die Hälfte der Militärpflichtigen aus der letzteren Provinz der Ziehung aus dem Wege geht. — Aus Neapel wird gemeldet, daß die Gemeinderathswahlen in der Stadt in bester Ordnung vor sich gehen, so wie daß Advokat Strada zum Direktor im Dikasterium der Polizei ernannt ward.

— [Die Lage der italienischen Finanzen.] Nach den Erklärungen, welche der Minister Bastoggi im Turiner Parlament über den Stand der italienischen Finanzen und besonders über die der neuerworbenen Provinzen abgab, fielen von dem Gesammtdefizit von etwa 300 Millionen Fr. auf Neapel 19 und auf das kleinere Sicilien 22 Millionen. Es wurde ein solches Resultat, wie man der „Allg. Ztg." schreibt, hauptsächlich durch die Herabsetzung der bisher erhobenen Eingangs- und Ausfuhrzölle auf das sardinische Maaß erzielt, welche einen so wesentlichen Einfluß auf die hiesigen Staatseinnahmen hervorbrachte, daß die Douane der Stadt Neapel, deren jährlichen Ertrag man sonst auf 1,700,000 Ducati veranschlagte, jetzt nicht mehr als 150,000 einbringt. Das Tabaksmonopol ist durch die Aufhebung der Zollgrenze nach den früheren päpstlichen Staaten und durch die hiermit hergestellte Verbindung mit Norditalien, ein fast illusorisches geworden, und die Millionen, welche es sonst den Kassen der Regierung eintrug, sind auf wenige Tausende zusammengeschmolzen. Die direkten, in Sardinien üblichen Steuern, welche allerdings eine gerechtere Belastung des Volks gestatten, von diesem aber schwerlich mit Befriedigung aufgenommen werden, konnte man bis jetzt noch nicht einführen, und die Unruhen im Lande geben wenig Hoffnung, in diesem Jahre an eine Eintreibung derselben denken zu können. Der Ausfall in den neapolitanischen Kassen, im Vergleich mit den Einnahmen der früheren Jahre, mußte deshalb ein sehr bedeutender sein, und dennoch stellten sich die von Bastoggi dem Parlament auseinandergesetzten Verhältnisse einigermaßen günstiger, wenn man berücksichtigt, daß ein großer Theil der hier weniger eingehenden Summen den sardinischen Kassen zu gute kommt. Die Einnahmen der Douanen sind hier so unverhältnißmäßig herabgesunken, weil alle über Norditalien eingeführten Waaren dort schon den Eingangszoll erlegt haben, so daß sie mit Freipässen versehen von dort nach Neapel spedirt werden, und die Zigarren, welche jetzt hier verraucht werden, sind in Sardinien bereits eben so stark verzollt, wie sie es früher hier sein mußten. Die Ausgaben aber sind keineswegs, wie man dies doch erwarten durfte, ermäßigt worden. Die Kassen von Neapel bezahlen jetzt noch 84,000 Ducati alle drei Tage zur Erhaltung der Armee, und müssen eben so die Ausgaben der Ministerien ganz wie bisher bestreiten. Diese 84,000 Ducati reichten aber früher für eine Armee von 105,000 M. hin, während jetzt wenig mehr als 30,000 Sardinier das Königreich besetzt halten, und die Beamten der Ministerien sind zum Theil schon längst nach dem Norden abgegangen, um dort eine neue Verwendung zu finden.

— [Die Unruhen in Unteritalien.] Außer den von der bourbonischen Reaktion angezettelten Unruhen giebt es in den südlichen Provinzen noch vielfache Parteispaltungen, welche in dem jetzigen freien Regime größere Nahrung finden und denen die politische Farbe nur zum Vorwande dient. Von dieser Art sind die Unruhen Alcamo's in Sicilien, wo man lokale Zwiste unter der Fahne der Cavourianer und Anticavourianer auszufechten suchte. In anderen Orten Siciliens haben sich die Proletarier gegen die Gutsbesitzer aufgelehnt, und haben es nicht einmal für nöthig gehalten, eine politische Fahne aufzupflanzen. Auch in den Calabrien klagt man über die Demoralisation der unteren Volksklassen, die durch Auflehnung gegen Gesetz und Eigenthum das Land in beständiger Unruhe erhalten. Zu Santiramo in Terra di Lavoro hatten einige Soldaten der dort gesammelten ungarischen Legion einen Konflikt mit den Einwohnern, wobei einige Verwundungen vorfielen und die Dazwischenkunft der bewaffneten Macht zur Herstellung der Ruhe nöthig wurde. Diese Zustände erheischen eine gewisse Machtentfaltung, um die Provinzen gegen alle wie immer gearteten Störungsversuche sicher zu stellen. Zwischen dieser Maaßregel und einer militärischen Besetzung des ganzen Königreichs Neapel, wie sie von der Pariser „Patrie", einem den Bourbonen stets geneigten Blatte, angegeben wird, besteht jedoch ein großer Unterschied. (N. Z.)

— [Erdbeben.] Von den wiederholten Erdstößen, welche einen großen Theil Etruriens in nicht geringen Schrecken versetzt haben, berichtet ein Augenzeuge, daß der Lärmen größer war, als das Unglück. Allerdings sind namentlich in Città delle Pieve einige Mauern und Kamine gestürzt, und in einiger Entfernung von dem Städtchen sprach man von sieben, in demselben jedoch nur von zwei Todten. In der Nacht war die ganze Ortschaft verlassen, und selbst Damen mit Krinolinen hatten sich dazu bequemt, ihr Lager unter Nothhütten vor der Stadt aufzuschlagen, um vor der feuchtkalten Nachtluft einigen Schutz zu finden. Das Gasthaus war so beschädigt und angeblich dem Einsturze so nahe, daß die von Perugia kommenden Reisenden daselbst keine Unterkunft finden konnten und während der Nacht im Wagen selbst vor dem Thore sich behelfen mußten. In Perugia und auch in Chiusi, und weiter südwärts bis Orvieto, waren die Erdstöße in mehreren Nächten ebenfalls verspürt worden und hatten die Leute aus den Betten getrieben, ohne jedoch erheblichen Schaden zu verursachen, mit Ausnahme eines Dorfes zwischen Perugia und Città della Pieve, wo eine neugebaute Kirche theilweise einstürzte.

Turin, 21. Mai. [Aus der Kammer.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer kommentirte Tecchio die Note Rechbergs über Venedig und sagte: Die Bevölkerung wolle die Herrschaft Oestreichs nicht; die Opposition in Venetien sei nicht von außen provozirt worden. Er empfiehlt Venetien dem Könige und dem Parlament. Graf Cavour dankte Tecchio und sagte: Tecchio habe bewiesen, daß Graf Rechberg Unrecht hätte. Cavour zweifelt nicht an den liberalen Absichten der östreichischen Minister, sie würden aber in Venedig immer unübersteigliche Hindernisse finden. Dies sei eine wichtige Thatsache, besonders wegen des Einflusses auf die Meinung Deutschlands, wo die liberalen Ideen im Fortschreiten seien. Die Kammer nahm hierauf, indem sie sagte, daß das Haus die Aufzählung der Leiden Venetiens mit lebhaftem Interesse angehört habe, die Tagesordnung an. (Tel.)

Mailand, 21. Mai. [Demonstrationen.] Der Domvikar hat der Geistlichkeit die Theilnahme an dem Nationalfeste untersagt. Die Domherren und Geistlichen der Stadt erklären in einem angemessenen Schreiben, daß sie gehorchen würden, aber diese Maaßregel mißbilligen. Gegen 8 Uhr Abends fanden einige Manifestationen gegen den Domvikar statt. Das Wappen über der Thüre des Palais wurde zerstört. Die Nationalgarde verhinderte das Umsichgreifen der Unordnung. (Tel.)

Rom, 14. Mai. [Die französische Okkupation; päpstliche Hülfslotterie.] Als in den ersten Tagen dieses Monats vier Regimenter der französischen Garnison in die Provinzen verlegt wurden, nahmen sie Alles, selbst das Unbedeutendste, mit sich, was sie hier zur häuslichen Einrichtung in den zu Kasernen eingerichteten Klöstern gehabt hatten. Bei früheren Dislozirungen war das in dieser Ausdehnung nicht geschehen, namentlich hatte man nicht auch die Betten mitgeschleppt. Seit einigen Tagen ist das Gerücht verbreitet, jene Regimenter hätten Befehl, sich marschfertig zu halten, und führten nur darum den ganzen Train mit sich, um aus den Kantonnirungen direkt nach Frankreich zurückzukehren. Dem aber ist doch anders. Die Truppen nahmen ihre ganze Einrichtung mit sich, weil die Quartiere in der Comarca di Roma, noch mehr in den Provinzen Frosinone und Viterbo so elend und schmutzig, die Landleute auch sehr übel auf diese Einquartirung zu sprechen sind, daß man die größere Verstimmung der Bewohnerschaft, wie der Soldaten selber, nur so vermeiden zu können glaubte. — Die Ziehung der Lotterie der Geschenke des h. Vaters zum Besten hülfsbedürftiger Beamten, die von der piemontesischen Regierung verjagt sind, hat am Christi-Himmelfahrtstage begonnen. Sie enthält mehr als zwölfhundert Gewinne, darunter Pretiosen, Ringe, Armbänder, Diademe von Werth zu 4—5000 Thalern. Die Kunstgegenstände, besonders Kupferstiche, beschrieb der h. Vater fast alle mit einem schönen Spruche. Oft erhalten Gegenstände versiegelte Billets von seiner Hand, welche der Gewinner bei der Einhändigung zu öffnen hat. (K. Z.)

Neapel, 12. Mai. [Die reaktionären Aufstände.] In der Basilicata ist das Hauptkorps der Königlichen, welches eine Stärke von mehreren Tausenden erreicht hatte, allerdings zersprengt und zum Theil in die Abruzzen getrieben worden, doch durchziehen, wie man der „A. Z." von hier berichtet, kleine Banden, die von den Truppen weit schwerer zu erreichen sind, als ein einziges größeres Korps, das Land in allen Richtungen und ihre Wiedervereinigung wird bei der ihnen günstigen Stimmung der Bevölkerung schwer zu verhindern sein. Die Befehlshaber der Königlichen, Donatelli und d'Amato, konnte man noch nicht in die Hände bekommen. In den Bergen hinter Castellamare hat sich eine Bande gebildet, welche frech genug war, vor einigen Tagen das dortige königliche Schloß Quisisana auszuplündern.

Spanien.

Madrid, 20. Mai. [Telegr. Notizen.] In Marokko herrscht Anarchie. — Die „Correspondencia" erklärt die Furcht vor dem Ausbruch einer finanziellen Krisis in Madrid für nicht begründet. Die Regierung hat in der Zentralkasse einen Baarvorrath von 200 Millionen. — Der „Commercio" meldet, daß man in Tanger die Batterien armirt und die Stadt verproviantirt. Der neue Gouverneur genießt beim Hofe einen großen Einfluß. Der englische Konsul in Tanger und der Gouverneur von Gibraltar unterhalten eine lebhafte Korrespondenz. — Die Königin von Spanien hat nunmehr wirklich das Dekret unterzeichnet, wodurch die Einverleibung der Republik San Domingo angenommen wird.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Mai. [Die Räumung Syriens; Fürst Orloff †.] Das „Journal de St. Petersbourg" sagt: In einem Schreiben des Fürsten Gortschakoff an den diesseitigen Gesandten in Paris, Grafen Kisseleff, heißt es: Lenken wir die Aufmerksamkeit der Repräsentanten der Kabinette auf die Gefahr des Abzuges der Truppen aus Syrien. Lehnen wir jede Verantwortlichkeit in Betreff der Folgen dieses Entschlusses, von dem wir die Konsequenzen vorhergesehen und bezeichnet haben, ab. — Die „Nordische Biene" theilt unter dem 20. d. mit, daß der Fürst Alexis Orloff gestorben sei. (Tel.)

Warschau, 20. Mai. [Die Reorganisation der Landesverwaltung; Demonstration.] Die beabsichtigte Reorganisation der Landesverwaltung beschränkt sich bekanntlich auf die Einführung eines besonderen Staatsrathes und, als repräsentativer Körper, von Kreis- und Gubernialräthen; in den größeren Städten, deren es äußerst wenige giebt, sollen Munizipalitäten eingerichtet werden. Von einer allgemeinen Landesvertretung, wie sie nach der Verfassung von 1815 bestand, ist keine Rede, und auch hinter dem vom Kaiser Nikolaus nach Niederwerfung der letzten Revolution im Jahre 1832 verliehenen organischen Statut bleiben die jetzigen Reformen schon im Projekt weit zurück. Trotzdem enthalten dieselben einen großen Fortschritt gegen den Zustand der letzten 30 Jahre, und es kann nach unserer Kenntniß des Zustandes der politischen Bildung in Polen nicht fehlen, daß sich durch die Wahlen zu den erwähnten Berathungskörpern und die Thätigkeit, welche dieselben entwickeln werden, nach dem Inslebentreten der neuen Institutionen, die durch die traurigen Regressionen der letzten 6 Wochen niedergedrückte allgemeine Theilnahme an den Landesinteressen sofort wieder beleben und allmälig auch die ersehnten Früchte tragen wird. — Am 12. d. ist in dem Dörfchen Grabianow bei Siedlce in Podlachien der siebzehnjährige Bauernknecht Johann Pachetka von einem Husaren des Sumsker Regiments, im Hause des Kolonisten Ciołek überfallen und durch einen Schuß tödtlich verwundet worden. Der Unglückliche wurde sofort nach dem Hospital in Siedlce gebracht und starb nach 6stündigen Leiden. Am nächsten Tage wurde die Leiche von Edelleuten, Bürgern und Bauern nach der Kirche getragen, wohin viele Tausende in feierlichem Trauerzuge folgten. Auf dem Sarge lag Kreuz und Dornenkrone, wie seiner Zeit bei den Opfern des 27. Februar, und nach den Exequien sang das Volk die Hymne an die heilige Jungfrau. Der Oberst des Husaren-Regiments gab dem Kreisvorstande seine Unzufriedenheit über die Volksdemonstration zu erkennen, und das Begräbniß am 14. wurde dadurch in weniger solenner Weise ermöglicht. Für die Angehörigen des Verstorbenen wurde eine Sammlung veranstaltet, die ein reiches Erträgniß lieferte. Der Thäter ist geständig und steht vor dem Militärgericht. (Schl. Z.)

— [Frauendemonstration; öffentliche Arbeiten.] Vor mehreren Tagen starb einer von den am 27. Februar Ver-

wundeten und dieser wurde von seiner Wohnung in der Dzika-Straße bis nach dem Powozker katholischen Kirchhof (wenigstens 3/8 Meilen) von polnischen in tiefster Trauer und ganz in Krepphüllen gekleideten Damen auf den Schultern hinausgetragen. Da hier dies äußerst selten und nur bei ausgezeichneten alten Lehrern oder Geistlichen durch Schüler und andere junge Leute zu geschehen pflegt, die Leichen aber fast immer gefahren werden, so machte dies großes Aufsehen, und der Polizeikommissar des Bezirks ist, weil er dazu seine Einwilligung ertheilt, von seinem Amte entsetzt worden. — Die Arbeiten an den Ufern der Weichsel, welche die Regierung zur Beschäftigung der vielen arbeitslosen Menschen unternehmen läßt, haben von der Tamka aus nach der Brücke zu ihren rüstigen Fortgang. Auch hat die Warschau-Petersburger Eisenbahngesellschaft die seit 9 Monaten unterbrochenen Arbeiten an der Bahn von hier nach Bialystock zu wieder aufnehmen lassen, so daß wir doch wieder der ersehnten Vollendung der Bahn nach Petersburg näher rücken. Dieser Broterwerb kommt manchem Armen erwünscht. (Ostſ. Z.)

Griechenland.

Athen, 11. Mai. [Militärische Maaßregeln; Bestrafungen; Grenzbesetzung.] Außerordentliche militärische Maaßregeln fanden bei Gelegenheit der kirchlichen Feier der Auferstehung statt, und zwar in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag, da wenige Stunden vorher ein von der Regierung erkauftes Lokalblatt, welches vorher zur Opposition gehört hatte, öffentlich verbrannt worden war.— Zwölf Offiziere der Garnison von Nauplia, die an den Volksbanketten des Nationalfestes theilgenommen, hat der Kriegsminister auf 2—3 Monate in Arrest geschickt; ein Lanzier-Rittmeister wurde aus demselben Grunde zur Disposition gestellt. Auch ist sämmtlichen Offizieren der griechischen Armee jede literarische Betheiligung an Journalen, selbst in speziell wissenschaftlichen Dingen, ohne Erlaubniß des Kriegsministeriums streng verboten worden. — Die türkischen Truppen an der Grenze erhalten fortwährend Verstärkung; von griechischer Seite ist jedoch von aggressiven Absichten nichts bemerkbar. (K. Z.)

Amerika.

Newyork, 8. Mai. [Die Lage.] Das Reuter'sche Büreau bringt folgende Nachrichten (s. Tel. in Nr. 115): Präsident Lincoln hat auf telegraphischem Wege vom Gouverneur des Staates Newyork die Sendung von Truppen und Waffen nach Washington gefordert. Der Gouverneur von Virginien hat eine Proklamation erlassen, in welcher er verkündigt, er werde sich jeder Invasion widersetzen, und hat zu diesem Behufe den Militärkommandanten ermächtigt, so viel Truppen einzuberufen, wie ihm nöthig scheine. Der Gouverneur von Nordkarolina hat der Legislatur seines Staates eine kriegerische Botschaft zugesandt, in welcher er Hrn. Lincoln angreift. Die Abgeordneten von Tennessee und Arkansas haben die ihnen unterbreiteten Austrittserklärungen angenommen. Gerüchtweise verlautet in Newyork, daß Bundestruppen Baltimore im Laufe dieser Woche besetzen werden. Der Kongreß in Montgomery hat eine Resolution angenommen, welche sich für Fortsetzung des Krieges gegen die Vereinigten Staaten ausspricht. Auch hat er die Ermächtigung zum Ausstellen von Kaperbriefen ertheilt. Der Vizepräsident des südlichen Bundes hat sich dahin geäußert, daß, wenn Maryland aus der Union ausscheide, der Süden den Besitz von Washington beanspruchen werde. Man hält hier einen Angriff auf das Fort Pickens für wahrscheinlich.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Im Abgeordnetenhause wurde am 26. April d. J. ein Gesetzentwurf, betreffend die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen, mit einigen Abänderungen angenommen und gleichzeitig beschlossen, die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung baldmöglichst ein Gesetz vorlegen werde, durch welches das ausschließliche Anklagerecht der Staatsanwaltschaft modifizirt wird. Jetzt liegt ein Bericht der Justizkommission des Herrenhauses über denselben Gesetzentwurf vor. Nach demselben ist die Spezialdebatte über §. 1 mit der Generaldiskussion über den ganzen Gesetzentwurf verbunden worden und sieht die Kommission, nach sehr eingehenden Erörterungen, sich veranlaßt, den §. 1 der Vorlage, durch welchen das Gesetz vom 13. Februar 1854, soweit sich dasselbe auf die im unmittelbaren Staatsdienste stehenden Zivilbeamten und auf die Militärbeamten bezieht, aufgehoben werden soll, dem Herrenhause zur Ablehnung zu empfehlen. Da §. 1 das Prinzip des Gesetzentwurfes enthält, so steht mit dem Antrage zu jenem auch der Schlußantrag im Einklang: dem Gesetzentwurfe die Zustimmung zu versagen.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 22. Mai. [54. Sitzung.] Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine erste Sitzung nach dem Feste. Die Bänke der Mitglieder sind noch ziemlich spärlich besetzt. Auf der Tagesordnung stehen nur Petitionsberichte. Ein beträchtlicher Theil der Petitionen wird der Regierung überwiesen, darunter eine auf Regulirung der Oder. Der Handelsminister versichert, daß die Regierung dieser Angelegenheit die eifrigste Sorgfalt zuwendet und auch in diesem Jahre eine Summe zu Aufbesserungszwecken ausgesetzt habe. Dagegen erscheine es nach dem Antrage nicht zweckmäßig, die Regulirungskosten durch eine Abgabe aufzubringen. Das Haus erledigt Petitionen der Agrar-, Gemeinde-, Finanz- und Unterrichtskommission ausschließlich nach den Kommissionsanträgen. Eine Petition des Herausgebers des „Neuen Elbinger Anzeigers", Herrmann Riesen, und des Verlegers der „Danziger Zeitung", dahin gehend, bei der königl. Staatsregierung die Vorlage einer Novelle zum Preßgesetze, welche eine Erniedrigung der Kautionssätze bezwecke, zu beantragen, überweist das Haus auf Antrag der Kommission der Staatsregierung zur Berücksichtigung. Einen gleichen Erfolg hat die Petition der städtischen Behörden von Wesel, das Haus wolle bei der Staatsregierung auf Abänderung der Bestimmungen wirken, welche die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst neuerdings in höchst unbilliger und nachtheiliger Weise fixirt hätten (s. unten). — Abg. Kreuz spricht wenige Worte für den Antrag der Kommission, gegen welchen der Regierungskommissar insofern nichts einzuwenden hat, als er die Bereitwilligkeit der Regierung konstatirt, ihn gründlichster Erwägung unterziehen zu wollen. Die sogenannten höheren Bürgerschulen als solche überhaupt an der Berechtigung der Schüler ihrer obersten Klasse Theil nehmen zu lassen, dazu seien diese Schulen in ihren Leistungen noch nicht genügend vorgeschritten. — Abg. Fubel zweifelt nicht daran, daß, wenn die höheren Bürgerschulen eine Entwickelung durchgemacht haben würden, wie sie zur Erlangung des in Rede stehenden Rechtes erforderlich sei, ihnen dies Recht auch sogleich werde zugestanden werden. — Nachdem noch der Berichterstatter Abg. Göß den Kommissionsantrag empfohlen, wird derselbe vom Hause angenommen. — Eine ähnliche Petition des Kuratoriums der höheren Bürgerschule zu Lüdenscheidt findet ohne Diskussion ihre Erledigung durch Annahme des Kommissionsantrages: „In Erwägung, daß die Staatsregierung bei ihrer ernsten und eifrigen Fürsorge für die höheren Bürgerschulen die Zeit, in welcher denselben die volle Berechtigung zum einjährigen Militärdienst ertheilt werden soll, nicht verzögern werde, über die vorliegende Petition zur Tagesordnung überzugehen." — In zwei Petitionen, mit resp. 232 und 78 Unterschriften von Lehrern des Regierungsbezirks Gumbinnen, wird das Abgeordnetenhaus gebeten, auf eine Besserung der Pensions- und Unterstützungssätze für Lehrerwittwen und Waisen bei der Staatsregierung hinzuwirken, für welchen Zweck die Lehrer sich bereit erklären, gern höhere Beiträge zur Wittwenkasse zahlen zu wollen. — Abg. Ritter erklärt, daß, wenn die Regierung der Bereitwilligkeit der Lehrer zur Zahlung höherer Beiträge an die Wittwenkasse nicht entgegenkäme, dann freilich für eine bessere Gestaltung der äußeren Lage der Lehrer und ihrer Hinterbleibenden nimmer etwas zu hoffen sei. — Der Unterrichtsminister ist damit einverstanden, diese Petition, wie die Unterrichtskommission beantrage, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, was denn auch vom Hause beschlossen wird. — Nächste Sitzung Donnerstag. — Die Etatsberathungen (Ministerien des Innern und der Marine) werden Freitag und Sonnabend das Haus beschäftigen. Die Berathungen über den Militäretat beginnen am Montag.

— **Aus dem zweiten Bericht der Militärkommission des Hauses der Abgeordneten theilen wir ferner Folgendes mit:**

Für die Errichtung der Traininspektion sind 2297 Thlr., für die von 9 Trainbataillonen 156,000 Thlr. im zweiten Semester gefordert. Die Kommission streicht dieselben, wesentlich weil man zwar die Nützlichkeit einer ausgedehnteren Organisation nicht verkennt, aber ihre Nothwendigkeit als permanente Friedensorganisation nicht zugeben könne; für die Friedensorganisation müsse man zwischen dem mehr oder weniger Nothwendigen unterscheiden, und es könne nicht zugegeben werden, daß eine solche ausgedehnte Friedensorganisation des Trains zu dem besonders Nothwendigen gehöre; bei den jetzigen Kommunikationsmitteln habe der Train wesentlich an Bedeutung verloren; zum Fahren der Trainfahrzeuge bedürfe es keiner besonderen normalen Ausbildung, wenn man nur solche Leute für den Train designire, deren Lebensberuf und Geschäfte ihrer Bestimmung entsprächen. Seitens des Kriegsministers und einiger Kommissionsmitglieder ist widersprochen: Die Regierung wolle die Armee überhaupt kriegsbereiter machen, um die Ueberführung der Friedensformation in die des Krieges zu erleichtern; es sei wesentlich, gerade die Leute, welche im Kriege für die Bedürfnisse der Armee an Munition, Verpflegung u. s. w. zu sorgen haben, diesem großen Zwecke gemäß militärisch zu erziehen, zu Soldaten zu machen und an strenge Disziplin und Ordnung zu gewöhnen; bei nicht disziplinirten Fuhrknechten liege die Schwierigkeit der Erhaltung der Ordnung auf der Hand, eine gute und regelmäßige Verpflegung bedinge den Sieg; ein wohlorganisirter Train gehöre zu den wesentlichsten Bestandtheilen einer tüchtigen Armee: man würde dann nicht mehr genöthigt sein, im Falle einer Mobilmachung auf die Artillerie und Kavallerie zurückzugreifen und diesen brauchbares Material zu entziehen; auch bei den veränderten Kommunikationsmitteln habe der Train doch wieder die Verbindung zwischen den Eisenbahnen und den im Felde stehenden Truppen zu vermitteln; der Mangel einer tüchtigen Organisation desselben sei im italienischen Kriege bei der französischen Armee schwer empfunden worden, da die Unordnung und Unregelmäßigkeit der Leistungen desselben sowohl bei Magenta, als bei Solferino die Ausnutzung des Sieges verhindert und ein wesentliches Motiv zum raschen Abschluß des Friedens geboten habe: auch bei uns habe die Erfahrung im Jahre 1848—50 das Fehlen eines wohlorganisirten Trains sehr bedenklich erscheinen lassen, und nach erfolgter Demobilmachung hätten sich sämmtliche höhere Truppenkommandeure einstimmig für die Bildung von Trainstämmen ausgesprochen. Dagegen ist erwidert: auch bei dem normalsten Train könne man nicht unter allen Umständen im Kriege die regelmäßige Verpflegung sichern; bei einem lebhaften Bewegungskriege sei auf die Leistungen des Trains sehr wenig zu rechnen, weil er den Truppen nicht folgen könne; die Exemplifikation auf den italienischen Krieg sei nicht glücklich: bei der ungemein raschen Bewegung der französischen Armee vom rechten nach dem linken Flügel, welche zu der Schlacht von Magenta führte, sei eine Mitwirkung des Trains für die Verpflegung ganz gewiß außer dem Bereich der Möglichkeit gewesen; daß endlich die Beschaffenheit seines Trains bei dem Kaiser Napoleon mitwirkend für den raschen Friedensschluß gewesen, sei eine Behauptung, über deren Gewicht man sich weiterer Aeußerung enthalte; das Gutachten der höheren Truppenbefehlshaber sei sehr erklärlich, da im rein militärischen Interesse nicht bloß die Friedensorganisation des Trains, sondern auch noch vieles Andere vortheilhaft und zweckmäßig erscheine; die Staatsregierung habe aber doch nicht bloß das militärische Interesse, sondern gleichmäßig die finanziellen Interessen des Landes ins Auge zu fassen.

Bei sämmtlichen Bataillonen der Infanterie und Jäger will die Kommission nur je zwei Kompagniechefs vom 1. Juli c. ab die Ration bewilligen und demgemäß den Betrag für 506 Rationen in Wegfall stellen (24,440 Thlr.) Begründet wird der Antrag dadurch, daß bei der im Jahre 1859 beschlossenen Bewilligung der Rationen für alle Kompagniechefs besonders die größere Stärke der Kompagnien maaßgebend gewesen, und daß jetzt, wo die Kompagnien bedeutend schwächer sind, dieses Motiv wegfalle; nicht sämmtliche Kompagniechefs brauchten beritten zu sein; die Offiziere avancirten jetzt viel schneller zu Hauptleuten und könnten eben bei den jüngeren Jahren den Dienst sehr wohl zu Fuß thun. Seitens der Regierung ist erwidert: bei der Bewaffnung mit dem verbesserten Feuergewehr und der Heranziehung mancher neuen Dienstzweige in den Kreis des zu Erlernenden sei der Dienst der Infanterie jetzt viel reichhaltiger, und diese größere Vielfältigkeit bedinge die Anwesenheit des Kompagniechefs behufs der Kontrole an einem Tage abwechselnd an den verschiedensten Orten und in den verschiedensten, namentlich in größeren Garnisonen, weiten Entfernungen. Die Kommission hat noch hervorgehoben, der Kompagniechef brauche nicht allgegenwärtig zu sein, wenn er die Offiziere angemessen zur Leitung der verschiedenen Dienstzweige verwende, und dann den Antrag angenommen.

Im Anschluß daran ist angeregt, die Regierung zu Anordnungen aufzufordern, daß den zum Bezuge von Rationen für eine bestimmte Anzahl von Pferden berechtigten Offizieren nur Rationen für diejenigen Pferde gewährt werden, welche sie wirklich als Dienstpferde halten. Dagegen ist bemerkt: die Beziehung von Rationen in Geld habe schon die Aufmerksamkeit Friedrich Wilhelms III. auf sich gezogen, der es den Offizieren gewissermaßen zur Ehrensache machte, nur so viel Rationen zu erheben, als sie wirklich Pferde hielten; mit dem Steigen der Preise der Pferde habe man es jedoch als Nothwendigkeit anerkannt, den Offizieren in Gewährung des Geldes für Rationen, welche sie unbeschadet des Dienstes als gute Haushalter erspart, Gelegenheit zu bieten, gewissermaßen einen Remontefonds für Fälle etwa eintretender Verluste sich anzulegen. Solche Ersparnisse müßten gerade jetzt, wo die Pferde so hoch im Preise sind, von dem Gesichtspunkte der Ansammlung eines Reservefonds betrachtet werden, aus welchem zugleich die erheblichen Ausgaben für Stall, Hufbeschlag u. s. w. zu bestreiten sind; sollte der Antrag Annahme finden, so würde in Konsequenz desselben die Staatsregierung sich genöthigt sehen mit der Forderung eines besonderen Remontefonds hervorzutreten; zu dem würde die Durchführung des aufgestellten Grundsatzes eine ausgedehnte und inquisitorische Kontrole, für den Fall des Verlustes und des Verkaufs eines Pferdes, nach sich ziehen. Die Kommission hat daher jenen ersten Vorschlag abgelehnt und beantragt mit 12 gegen 6 Stimmen: „die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde verfügen, daß ein Offizier für ein fehlendes Dienstpferd nicht auf eine unbestimmte Zeit eine Ration in Natura oder in Geld beziehen könne".

Von den Ausgaben „zur Bekleidung der Armee und zur Verwaltung der Montirungsdepots" will die Kommission im Extraordinarium 566,000 Thlr. absetzen und zwar: Ausrüstungsstücke für den um 45,000 Mann erhöhten Kriegsetat der Infanterie-Ersatzbataillone 449,330 Thlr.; Czakots für die Stamm- und Uebungsmannschaft und sonstige Ausrüstungsstücke für die um 200 Mann per Bataillon erhöhte Kriegsstärke der Landwehrinfanterie 100,800 Thlr.; Ausrüstung für die Verstärkung des Etats der Ersatzabtheilungen der Jägerbataillone 3160 Thlr.; Ausrüstung der Mannschaften und Reitzeug für die Verstärkung der Ersatzeskadrons von vier Kürassierregimentern um je 75 Pferde 12,590 Thlr. Es ist darüber bemerkt: nach dem jetzigen Plane der Regierung solle jedes Regiment ein Ersatzbataillon haben, während nach dem früheren Mobilmachungsplan nur per Brigade ein solches bestehen sollte. Aber in den ersten Stadien des Kriegs brauche gewiß nicht mehr als diese Hälfte zur Ergänzung des Verlustes des mobilen Heeres abgesandt zu werden, und so habe man nach der Mobilmachung Zeit genug, die für die zweite Hälfte fehlende Ausrüstung zu beschaffen. Der Kriegsminister hat dagegen erklärt, mit der beabsichtigten Verkürzung werde der Regierung eine große Verlegenheit bereitet; bei der Mobilmachung häuften sich die Beschaffungen ungemein, und die Ergänzung der Ausrüstung komme dann jedenfalls theurer zu stehen. Es ist indessen entgegnet, daß es nicht die nöthige Vorsicht versäumen heiße, wenn man auch dem Moment der Mobilmachung etwas übrig lasse; das Bestreben, Alles in Vorrath zu haben und auf Alles gefaßt zu sein, führe zu einer übermäßigen Belastung des Landes im Frieden. — Die Position für die Czakots 2c. hat der Kriegsminister dahin erläutert: es sei darunter das zu verstehen, was man in anderen Armeen Käppi nenne; für die Ausrüstung von Landwehrmännern seien 402 Garnituren per Bataillon vorhanden; diese Zahl entspreche ungefähr der Zahl der Landwehrmänner ersten Aufgebots, welche nach Kompletirung der in der mobilen Feldarmee befindlichen Linie durch die Landwehr übrig bleibe; man beabsichtige, die Bataillone auf 800 ja 1000 Mann zu erhöhen; mit Rücksicht auf die Zahl der zunächst ausscheidenden Reserven sei zuvörderst eine Vermehrung um 200 Köpfe in Aussicht genommen; da die vorhandenen Helme für die neu errichteten Infanterieregimenter verwandt worden, fehle es an Kopfbekleidungen. Die Voraussetzung, daß die Landwehr nicht zur mobilen Feldarmee verwendet werden solle, sei nicht richtig, im Gegentheil mache man die Landwehr von vornherein zur Besatzungstruppe, wenn man die Mittel zur Beschaffung der im Augenblick der Mobilmachung erforderlichen Ausrüstungsrequisiten nicht gewähre. In der Kommission hat man gerade aus den Ausführungen des Kriegsministers entnommen, daß die in Rede stehende Position in dem Reorganisationsplan der Regierung ihre Basis habe und die Beseitigung der Landwehr ersten Aufgebots, wie sie jetzt gesetzlich bestehe, resp. die Verweisung derselben in die Stelle, welche das jetzige zweite Aufgebot einnehme, voraussetze. Für dieses zweite Aufgebot seien aber die erforderlichen Vorräthe vorhanden. Uebrigens müsse noch ganz besonders gegen die von dem Kriegsminister hier wieder ausgesprochene Absicht, die Linie durch Landwehrmänner zu kompletiren, als gegen das Gesetz vom 3. September 1814 verstoßend, ausdrücklich Verwahrung eingelegt werden. Die weiteren Absetzungen sind Konsequenzen der ersten bei dieser Position.

— In Folge des im vergangenen Jahre gestellten Antrages, die **Verwaltung der Polizei in der Provinz Posen** so zu regeln, daß es der Anstellung von Distrikts-Kommissarien nicht weiter bedürfen werde, erklärte der Regierungs-Kommissar in der Budgetkommission bei der Berathung über den Etat des Ministeriums des Innern, daß diese Frage mit der Frage wegen Aenderung der Gesetzgebung über die Einrichtung der Polizei-Verwaltung in den östlichen Provinzen überhaupt im engsten Zusammenhang stehe und füglich nicht eher zum Austrag gebracht werden könne, als bis vorher über die nöthigen Aenderungen des Gesetzes vom 14. April 1856, die ländlichen Orts-Obrigkeiten in den sechs östlichen Provinzen betreffend, Beschluß gefaßt sein würde. Die vorbereitenden Verhandlungen über den letzteren Gegenstand seien indeß noch nicht so weit gediehen, um schon in nächster Zeit dem Landtage einen Entwurf vorlegen zu können. Da die Staatsregierung die Absicht kundgegeben, die Frage, ob die Provinz Posen unter das allgemeine Gesetz zu stellen sei, welches man für die östlichen Provinzen auszuarbeiten gedenke, und wonach man die Polizei-Verwaltung als ein Ehrenamt größeren Grundbesitzern oder anderen geeigneten Persönlichkeiten zu übertragen gedenke, in nähere Erwägung zu ziehen, wurde von der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses eine Wiederholung des vorjährigen Antrages unterlassen und die Position genehmigt.

— Der neunte Komissionsbericht des Abgeordnetenhauses über Petitionen betrifft zunächst solche von 28 Dissidentengemeinden aus den verschiedensten Gegenden des Landes. Die Forderungen der Dissidenten, besonders bezüglich des Ehe- und Korporationsrechtes, sind bekannt, wie auch, daß sie lange und oft schon um gesetzliche Regelung ihrer Ausnahmestellung nachgesucht. Je nachdem vorerwähnte Petitionen bestimmte und anerkennenswerthe Bitten aussprechen, je nachdem werden sie von der Kommission dem Hause zum Uebergange auf Tagesordnung oder auf Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung empfohlen. — Vier Petitionen von Baptisten-Gemeinden haben gleichfalls die Verleihung von Korporationsrechten, aber auch die Enthebung von den Wirkungen des Vereinsgesetzes und von der Verpflichtung zur Leistung persönlicher Abgaben zum Zweck, und die Kommission überweist dieselben bezüglich des ersten und letzten Punktes der Regierung zur Berücksichtigung. — Eine von 191 Künstlern Berlins unterzeichnete Petition ersucht das Haus der Abgeordneten, bei der Staatsregierung beantragen zu wollen: „daß zur Bildung einer Nationalgalerie von Werken lebender deutscher Künstler jährlich die Summe von vorläufig 25,000 Thlr. ausgeworfen und den bisher der Kunst zugewandten Mitteln entnommen werde." Nach einer sehr eingehenden Behandlung dieser Petition in der Kommission trägt diese beim Hause dahin an: „Die Petition dem Staatsministerium in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, der Bildung einer Nationalgalerie lebender deutscher Künstler ihre besondere Fürsorge zuzuwenden, im Uebrigen aber über die Petition zur Tagesordnung überzugehen." — Eine andere Petition von 193 Künstlern Berlins, 26 dergleichen zu Königsberg i. Pr. und 106 zu Düsseldorf ersucht das Haus der Abgeordneten, dahin zu wirken, daß unter Aufhebung der §§. 25, 27 und 28 des Gesetzes vom 11. Juni 1837 gesetzlich anerkannt werde, 1) daß Kunstwerke als Muster zu den Erzeugnissen der Manufakturen, Fabriken und Handwerke ohne Einwilligung des Urhebers hinfort nicht mehr benutzt werden dürfen; 2) daß jedes Kunstwerk gegen Nachbildung beschützt werde, ohne vorherige Anmeldung desselben bei dem Ministerium. Dieser Bitte preußischer Künstler schließen in besonderer Petition die Silberwaaren-Fabrikanten D. Vollgold u. Sohn und Sy und Wagner nebst 41 Genossen, welche die gesammte Berliner Kunst-Industrie vertreten, sich an. Der Doppelantrag der Petitionen wurde in der Kommission einer sehr umfassenden Berathung unterworfen, deren Resultat der Antrag an das Haus ist, über beide Anträge der Petition zur Tagesordnung überzugehen. — Einige andere Petitionen von untergeordneter Bedeutung für die Oeffentlichkeit werden von der Kommission theils zur Ueberweisung an die Regierung, theils zum Uebergang auf Tagesordnung empfohlen.

— Ein Kommissionsbericht über das Unterrichtswesen betreffende Petitionen enthält zunächst eine des Ober-Bürgermeisters, der Beigeordneten und der Stadtverordneten zu Wesel, betreffend das Recht zum einjährigen Heeresdienste. Die Petenten wollen dieses Recht mehr ausgedehnt wissen, doch die Kommission findet sich veranlaßt, „die Petition nur, soweit sie verlangt, daß die vom Griechischen Dispensirten, aber dagegen an englischen und französischen Parallelstunden theilnehmenden Zöglinge einzelnstehender Gymnasien rücksichtlich des Rechts zum einjährigen Dienst den Griechisch Lernenden gleichgestellt werden, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen." — Denselben Gegenstand betrifft eine Petition des Kuratoriums der höheren Bürgerschule zu Lüdenscheidt, zu welcher die Kommission in der Erwägung, daß die Regierung die Zeit, in welcher den höheren Bürgerschulen die volle Berechtigung zum einjährigen Militärdienst ertheilt werden soll, nicht verzögern werde, den Uebergang zur Tagesordnung beantragt. — Verschiedene andere Petitionen von örtlichem Interesse werden theils zur Ueberweisung an die Regierung, theils auf Uebergang zur Tagesordnung an das Haus empfohlen.

Militärzeitung.

[Die Organisation und das Anwachsen der Garibaldischen Truppen auf Sicilien und in Neapel 1860.] In den italienischen und den Schweizer Wehrzeitungen sind neuerdings verschiedene, allem Anschein nach authentische Mittheilungen über die Organisation und das allmälige Anwachsen der Truppen veröffentlicht worden, mit denen Garibaldi im vorigen Jahre Sicilien erobert und Neapel bis auf die kleine Bodenfläche vom Volturno bis Gaëta in seine Gewalt gebracht hat, Mittheilungen beiläufig, welche durch die Fremdheit in Angabe der zu den erfüllten Zwecken aufgewendeten Mittel und die aus ihnen sich ergebenden Folgerungen auf die Beschaffenheit der Garibaldischen Streitkräfte und die in jeder Beziehung unseren Begriffen nach unzulängliche Organisation derselben, jene Ereignisse nur noch merkwürdiger als ohnehin schon erscheinen lassen. Ursprünglich bildete denn, so ergiebt sich aus diesen Nachrichten, bei den ersten unter Garibaldi's eigener Leitung an der Küste von Sicilien gelandeten 1100 Mann die Kompagnie die höchste Truppeneinheit für dieselben. Jede dieser Kompagnien zählte 50—60 Mann, wobei sich 8—10 Offiziere miteingetheilt befanden, während die übrige Mannschaft ausschließlich aus schon versuchten Leuten bestand, die nöthigenfalls gleichfalls durchgehends als Offizier- oder mindestens doch Unteroffizieraspiranten betrachtet werden durften. Drei derartige Kompagnien Artillerie und eine Genie befanden sich bei dieser kleinen Abtheilung, und die späteren Divisions- und Korpskommandeurs waren entweder dem aus zusammen 33 Offizieren bestehenden Generalstabe Garibaldi's zugetheilt, oder führten anfänglich ebenfalls nur Kompagnien. Die zunächst sich diesem Kern anschließenden sicilianischen Insurgentenhaufen entbehrten so gut wie aller und jeder militärischen Organisation und konnten bei ihrer durchaus formlosen Gestaltung kaum für mehr als bloße Banden betrachtet werden; dennoch verboten persönliche und politische Rücksichten gleich sehr, dieselben etwa von vornherein aufzulösen und unter die vorhandenen festen Kadres zu stecken, sondern man sah sich angewiesen, durch Eintheilung von Offizieren und Unteroffizieren Seitens dieser Letzteren dieselben zu Bataillonen umzugestalten. Die Kadres selbst bildeten sich gleichzeitig vermittelst des starken Zulaufs an Freiwilligen durch Theilung und Unterscheidung der schwachen anfänglichen Kompagnien zu Bataillonen heran, wobei jedoch keineswegs etwa sich eine Kompagnie nach der andern formirte, sondern mindestens immer 6, auch 8 zugleich in Formation genommen wurden. Bei den zu Schiffe nachfolgenden Abtheilungen, welchen der Ueberschuß an brauchbaren Offizier- und Unteroffizierelementen, wie er bei den ursprünglichen Kadres vorhanden war, meist abging, fand dagegen, theils noch vor deren Einschiffung, theils unmittelbar nach deren Landung von Hause aus die Eintheilung in schwache Bataillone, ebenfalls meist zu 6 oder 8 Kompagnien, statt, welche zu ihrer Verstärkung gleicherweise auf den Zulauf der Landesbevölkerung angewiesen waren. Die Formation der Artillerie aus jenen ursprünglichen drei Kompagnien und ebenso auch des Genie's war nicht anders, wobei den so gebildeten Batterien je nach ihrer Stärke und dem zeitig vorhandenen Material eine Anzahl von Stücken zugetheilt wurde. Die Bespannung der Geschütze und

(Fortsetzung in der Beilage.)

Fuhrwerke, meist Maulthiere, wurde auf Bons vom Lande entnommen. Kavallerie befand sich außer 18 Mann Guiden bei der ersten Landungsabtheilung dieser merkwürdigen Armee gar nicht und scheinen die späteren Korps dieser Art (in Allem jedoch zusammen auch schwerlich über 600—800 Pferde) wohl ausschließlich aus zeitweilig in die rothe Blouse gesteckten piemontesischen Kavalleristen bestanden zu haben. Ein Hauptgewicht für die militärische Tüchtigkeit dieser mitten in einem nicht abreißenden Feldverlauf formirten Truppen war dabei auf die freie Wahl der Führer bis zum Bataillonschef aufwärts gelegt, wobei den Truppen, wie auch mehrfach, namentlich nach den Gefechten am Volturno, vorgekommen, das Recht zugestanden blieb, diejenigen Führer, mit deren Führung im Gefecht sie Grund zu haben glaubten, unzufrieden zu sein, durch eine neuangestellte Wahl zu ersetzen. Dasselbe Recht hatte sich übrigens auch Garibaldi vorbehalten und scheint etwas Aehnliches auch seinen Unterbefehlshabern in einem beschränkten Maaße zuständig gewesen zu sein, worauf wenigstens einige Vorgänge, ebenfalls nach den Gefechten am Volturno, bei den Armeekorps von Türr und Bixio zu deuten scheinen. Als Hauptwaffe war, wie dies bei einer aus so heterogenen Elementen zusammengesetzten und großentheils gar nicht militärisch vorgebildeten Armee auch kaum anders sein konnte, auf das Bayonnett und überhaupt den ungestümen, alle Regeln kühn hintenansetzenden Angriff hingedeutet. Ueberraschungen, zum Theil der seltsamsten Art, wurden ebenfalls als ein Hauptmittel des Erfolgs betrachtet, die Wahl eines möglichst koupirten und schwierigen Terrains für die angetretenen Operationen blieb schon aus Sorge für die Ueberlegenheit des Feindes an Kavallerie geboten. Das rücksichtslose Entgegengehen dieser mit dem Bayonnett ist ebenfalls vorgekommen, und zwar nicht nur in Neapel und Sicilien, sondern auch 1859 schon bei dem Feldzug am Langen See gegen die treffliche östreichische Reiterei, und zwar mit bestem Erfolg. Bei alledem bleibt die Wirksamkeit einer so im Fluge ausgerüsteten und ins Feld geführten Armee regulären, gut bewaffneten, exerzirten und ausgerüsteten Truppen gegenüber nicht genug zu verwundern, doch war es am Ende in Ungarn 1848 und 1849 nicht anders. 22 reguläre ungarische Bataillone und zusammen 54 Schwadronen bildeten dort den Kern, um welche sich ganz in ähnlicher Weise wie zuletzt auch in Italien bis Juni 1849 147 Honved- und 6 Jägerbataillone (die ursprünglich regulären östreichisch-ungarischen Truppentheile waren Anfang Mai 1849 ebenfalls zu Honvedtruppen umgewandelt worden), 18 Husarenregimenter zu je 8 Eskadrons, 4 Pionierabtheilungen und eine Artillerie von über 10,000 Mann mit 400 Feldgeschützen heranbildete, und wohlverstanden die trefflich geschulten, tapferen und gut ausgerüsteten östreichischen Heerschaaren hatten sich bis zuletzt (man denke an die erste Schlacht von Komorn am 2. Juli 1849 und die dritte Schlacht vor derselben Festung unter Klapka am 3. September desselben Jahres) wahrlich keines besonderen Uebergewichts über diese vom Pfluge weggegriffenen Truppen zu rühmen. Eine gewisse Genialität, eine besondere Umsicht in der Führung und ein inniges Anschmiegen an die jedesmal gegebenen Verhältnisse, wie eine wahrhaft bewunderungswürdige Benutzung der nur zuständigen, durchaus unzulänglichen Mittel kann in der That den Volksführern von damals in Ungarn sowohl, wie neuerdings auch wieder in Italien unmöglich abgesprochen werden. —p.

Aus polnischen Zeitungen.

Der „Czas" will aus Warschau Abschrift des Berichts erhalten haben, den der Präses der Untersuchungskommission Wieczorkowski in Modlin über die dortigen Gefangenen an den Grafen Wielopolski erstattet hat. Die Untersuchung hatte sich bekanntlich mit den Warschauer Vorfällen vom 8. April zu befassen, und die Kommission sollte, wie aus dem Bericht hervorgeht, die Anklage gegen 36 Gefangene feststellen. Herr Wieczorkowski spricht jedoch bald im Anfang seines umfangreichen Schriftstücks die Bitte aus, die Untersuchungsakten dem Fürsten-Statthalter mitzutheilen, damit die von dem Gericht beschlossene Freilassung sämmtlicher in diese Untersuchung verwickelten Gefangenen die gesetzliche Sanktion erhalte. Einerseits, heißt es in dem Bericht, der Mangel an zuverlässigen Materialien für eine genaue Führung der Untersuchung, andererseits der Mangel eines Nachweises der Quellen, aus welchen die, die Angeklagten beschuldigenden Angaben geschöpft sind, haben das Gericht bei der Würdigung der erhobenen Anklage auf einen gar zu unsicheren Standpunkt gestellt. Das Gericht, sagt der Berichterstatter ferner, war bei der Unzulänglichkeit der ihm gebotenen Mittheilungen gar nicht in der Lage, sich in der Untersuchung auf irgend welche gesetzliche Bestimmung zu stützen, zumal eine weitere Aufklärung über die aufgestellten Anklagepunkte, um welche ich gebeten habe, bis jetzt nicht zu erreichen war, und sollte sie selbst noch erfolgen, so würde sie ohne Zweifel für die Untersuchung ganz resultatlos sein, da, wie ich mich bei der am 8 stattgehabten Verhaftung der Angeklagten persönlich überzeugt habe, damals keinerlei Kontrole existirte, aus welcher zu entnehmen gewesen wäre, zu welcher Zeit, wo, durch wen und wofür Jemand verhaftet wurde. Ein besonderes Gewicht legt der Bericht auf den Umstand, daß der Vorfall, bei welchen man am 8. April die Angeklagten verhaftete, nicht der Anfang der allgemeinen Agitation war, und daß seit zwei Monaten fast täglich dergleichen Volksversammlungen Angesichts der Polizei straflos stattfinden durften. Ihre (der Polizei) hauptsächliche Pflicht wäre es gewesen, Vorsorge zu treffen, daß keine ungesetzliche That geschehe, und dazu gehörte auch, jenen Volkszusammenläufen zuvorzukommen; sobald diese jedoch einmal stattgefunden, wäre es wieder ihre Aufgabe gewesen, die Anstifter dieser Versammlungen aufzuspüren und sie dem Gericht zu überliefern. Das gegenwärtige Verfahren bedroht viele Einwohner Warschau's mit Beraubung der persönlichen Freiheit, wenn ein bloßer Schein oder ein zufälliger Auflauf ihre Verhaftung begünstige. Die Gerichte aber befinden sich dabei in der Unmöglichkeit, den Exekutivbehörden zu Hülfe zu kommen. Als Beweis gelte die eben gegen die am 8. April Verhafteten geführte Untersuchung, in welcher es unmöglich war, die Anstifter des Auflaufs zu entdecken, noch auch in welcher Absicht der Zusammenlauf überhaupt stattgefunden habe.

Lokales.

Posen, 23. Mai. [Die Marktkommission], welche an jedem Wochenmarktstage die beim Verkaufe gegen baar auf dem Marktplatze vorgekommenen Produktenpreise ermittelt und durch die Zeitung veröffentlicht, bestand seither aus 9 Mitgliedern, die auf Vorschlag der Handelskammer von dem Magistrat gewählt und von der Polizeidirektion durch Handschlag verpflichtet wurden. Diese Kommission war bisher aus 2 Getreidehändlern, 2 Bäckern, 1 Müller, 2 Brauern, und 2 Spiritushändlern zusammengesetzt. Die Handelskammer hat jetzt die Verstärkung derselben auf 16 Mitglieder vorgeschlagen und zwar soll dieselbe bestehen aus 5 Getreidehändlern, 3 Bäckern und Müllern, 2 Brauern, 6 Spiritushändlern und Destillateuren. Natürlich würden auch diese Mitglieder ihre für viele landwirthschaftliche und gewerbliche Interessen sehr wichtige Obliegenheit lediglich als Ehrenamt zu betrachten haben. Da zu demselben nur Personen berufen werden können, die sich eines besonderen Vertrauens unter ihren Mitbürgern zu erfreuen haben, so werden sie in der öffentlichen Anerkennung, die ihnen durch die Berufung zu Theil wird, einen Ersatz für die Beschwerlichkeiten finden müssen, die eine getreue Erfüllung der übernommenen Pflichten mit sich führt. Eine solche ist aber unerläßlich, nicht bloß um zuverlässige und sichere Preisangaben machen zu können, sondern um jedem möglichen Vorwurfe einer Parteilichkeit nach dieser oder jener Seite von vornherein zu begegnen. Insofern ist hierbei die Ehre des ganzen Handelsstandes unserer Stadt betheiligt. Nicht die Zahl der Mitglieder, sondern deren Zuverlässigkeit und Sachkenntniß, sowie eine strenge, gewissenhafte Beachtung der Geschäftsordnung sichert die richtige Preisangabe. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Magistrat und der Polizeipräsident den Vorschlägen der Handelskammer beistimmen werden, da dieselben aus der Mitte des Handelsstandes hervorgegangen sind; aber zu wünschen ist doch, daß gleichzeitig die Geschäftsordnung so bestimmt gefaßt werde, daß willkürliche Auslegungen und Deutungen vermieden werden. Bei der größeren Mitgliederzahl ist dies sehr nothwendig, um Meinungsverschiedenheiten vorzubeugen. Namentlich würde dafür gesorgt werden müssen, daß bei den Preisermittelungen nur auf reelle Geschäfte, die auf dem Markte zwischen Produzenten und Käufern gegen Baarzahlung abgeschlossen sind, gerücksichtigt werde, alle Lieferungs- und Zeitgeschäfte aber streng ausgeschlossen bleiben. In dieser allein richtigen Weise wird auf allen größeren Plätzen verfahren, wo Geschäfte der letzteren Art, die meist nur Wetten auf Steigen und Fallen der Preise sind, bei den amtlichen Preisnotirungen durchaus unberücksichtigt bleiben. Die Lieferungs- und Zeitpreise von Produkten und Effekten, welche in den Börsenberichten mitgetheilt werden, beruhen auf Privatnotirungen, was Diejenigen wohl thun zu beachten, welche auf solche gewagten Geschäfte sich einlassen, bei denen der Unkundige dem gewiegten Geschäftsmann gegenüber, der den Produkten- und Effektenhandel als Lebensberuf treibt, fast immer den Kürzeren zieht.

G **Posen**, 23. Mai. [Der Schullehrersterbekassenverein] des Großherzogthums Posen hatte vergangene Michaelis 650 Mitglieder, seitdem sind demselben 320 beigetreten, so daß derselbe gegenwärtig 970 Mitglieder jeder Konfession zählt. Seit dem 3. Oktober v. J. starben 8 Mitglieder, nämlich: die Lehrer Wende aus Posen, Polezynski in Szewce (Kr. Buk), Abraham in Zachasberg (Kr. Chodziesen), Körth in Strzyżawa (Kr. Bromberg), Schmidt in Falkenwalde (Kr. Meseritz), Liebig in Bärsdorf (Kreis Kröben), Kostulski in Wongrowitz und Szymański in Skoraszewice (Kr. Kröben). Jede hinterbliebene Wittwe der verstorbenen Kollegen hat eine Unterstützung von 100 Thlrn. erhalten. Die Vereinsmitglieder haben trotz der 8 Sterbefälle nur 3 Beiträge à 10 Sgr. zur Hauptkasse gezahlt, welche außer der schon gewährten Unterstützung von 800 Thlr. noch circa 300 Thlr. für die nächsten 3 Todesfälle, und für den Fall des Eintretens einer außergewöhnlichen Sterblichkeit einen verzinsbar angelegten Reservefonds von 700 Thlr. in Bereitschaft hat. Durch diese günstigen Resultate ist die Kasse auch im Stande, die Unterstützungssumme schon an dem Tage der Einsendung des Todten- und Aufnahmescheines der betreffenden Wittwe zukommen zu lassen. So bekundet der zahlreiche Beitritt zu diesem Vereine, der während der Zeit seines Bestehens bereits 47 Wittwen mit 1948 Thlr. unterstützt hat, wie die Lehrer der Provinz vereint bemüht sind, die Werke der Liebe an den Hinterlassenen der Amtsbrüder im schönsten und ausgedehntesten Maaße zu üben. Da seit Michaelis über 1000 Lehrer der Provinz durch Zusendung von Statuten zum Beitritt in den Verein (der von den hiesigen Lehrern Fabisz, Gräter, Harhausen, Hubert, Mehlhose, Pawelitzki und Rakowicz unentgeltlich verwaltet wird) aufgefordert worden sind, so dürfte die Zahl der Mitglieder im Laufe des Jahres noch bedeutend steigen, so daß alsdann ein Beitrag von 10 Sgr. für 4 Sterbefälle ausreichend sein könnte. Kollegen, welche durch ihren Beitritt die Noth der Lehrerwittwen und Waisen einigermaßen lindern zu helfen geneigt sind, wollen ihre Aufnahme in den Verein unter Einreichung einer beglaubigten Bescheinigung über ihr Lebensalter und eines ärztlichen Attestes, daß sie nicht an chronischen Krankheiten leiden, bei einem Mitgliede des Direktoriums beantragen.

Der Abgeordnete von Niegolewski

sagte in der Sitzung vom 15. Mai, daß der Verein der deutschen Landwirthe zu Posen kürzlich statt über landwirthschaftliche Angelegenheiten über politische berathen habe, und sprach die Ueberzeugung aus, daß im ähnlichen Falle für eine aus Polen bestehende Versammlung sich die Pforten des Gefängnisses würden eröffnet haben. Es ist allerdings zu bedauern, daß unter dem Einflusse der Posener Luft auch die anscheinend harmlosesten Verbindungen stets in die Strömungen der Politik gerathen, wie Hr. v. N. am Besten wissen wird. Ist dies nun auch dem Vereine der deutschen Landwirthe widerfahren, so war der Vorstand bei der Versammlung vom 1. Mai doch den Vorschriften des Vereinsgesetzes so vollständig nachgekommen, daß die Vereinsmitglieder, mochten sie nun Polen oder Deutsche sein, gegen jede polizeiliche oder gerichtliche Verfolgung gesichert waren.

In der besprochenen Versammlung wurde auch eine Petition an das Staatsministerium berathen, an deren Schlusse es heißt: „Dem Könige, unserem Herrn, und seinem Hause mit Liebe zugethan, dem Staate, dessen Bürger wir sind, mit Pflichttreue ergeben, ist es zugleich Zweck und Ziel unserer Vorschläge, diese Provinz mit den Banden der Hingebung und des Patriotismus stets inniger mit dem Gesammtstaate zu verbinden, und Bestrebungen zu bekämpfen, die dahin gerichtet sind, die jetzige Generation wie die künftigen immer feindlicher gegen unser Herrscherhaus und die bestehenden Staatseinrichtungen zu stimmen."

Sobald Herr v. N. und seine Gesinnungsgenossen ihre Pflichten als Preußen so weit erkannt haben werden, um gleichen Tendenzen zu huldigen, werden auch ihre Befürchtungen vor Hochverrathsprozessen und Gefängniß schwinden, auch wenn sie einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz begehen sollten.

Ein Mitglied des Vereins
der deutschen Landwirthe der Provinz Posen.

Angekommene Fremde.

Vom 23. Mai.

HOTEL DU NORD. Probst Sczygielski aus Duszniki, die Rittergutsb. v. Wolszlegier und Chrupliewo, v. Zablocki aus Czerlin und v. Chlapowski sen. aus Turwia.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsb. v. Żychliński aus Brzostownia, Frau Rittergutsb. v. Krzyżanowska aus Swadzin, Rittergutsb. und Oberlandesgerichts-Assessor a. D. Lange aus Klein-Kroschen und Menageriebesitzer Kreutzberg aus Reichenbach b. Görlitz.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsb. v. Sawicki aus Rybno, v. Radoński aus Bieganowo und v. Zakrzewski aus Cichowo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Wilzinski und v. Twarkowski aus Polen, Fabrikant Dommes aus Berlin, die Kaufleute Vogler aus Leipzig und Werner aus Havelberg.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Frau Gutsb. Gräfin Węsierska aus Zakrzewo, die Gutsb. v. Chłapowski aus Bonikowo und v. Reichow aus Schlesien, Sanitätsrath Dr. Zelasko aus Kowanowko, Rechtsanwalt und Notar Schlacke aus Rogasen, die Kaufleute Saalfeld aus Hamburg, Borchard und Joelsohn aus Berlin, Reimann aus Köln und Blanke aus Düsseldorf, Inspektor Knoll aus Schlesien und Fabrikant Bodener aus Großenhayn.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsb. Kennemann aus Klenka, Kirschstein aus Żydowo, Jouanne aus Lussowo und Strauven aus Pawłowice, Fräulein v. Żychlinska aus Piersko, Landrath Stahlberg aus Gnesen, Partikulier Pazdiki aus Trzemeszno, Kaufmann Hirsch aus Gustеn, die Pastoren Schellner und Borak aus Rogasen, Trinius aus Zirke und Kühlenthal aus Barcin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Familien-Nachrichten.

Gestern 11¼ Uhr Abends verschied nach längerem Leiden im Alter von 82 Jahren der k. Baukondukteur **Friedrich Wilhelm Hoffmann,** welches allen Freunden und Verwandten mit der Bitte um stilles Beileid tiefbetrübt anzeigen **die Hinterbliebenen.**
Posen, den 23. Mai 1861.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Brüssow: Frl. Wolf mit dem Pastor Kümmel; Berlin: Frl. v. Schütz mit dem Lieutenant v. Tschammer-Osten.

Verbindungen. Treptow a. R: Frl. M. v. Kleist mit dem Lieutenant v. Hertzberg; Köln: Frl. Heffter mit dem Appellationsgerichtsrath Eichhorn.

Geburten. Ein Sohn dem Frhrn. v. Feilitzsch in Pfaffendorf, dem Hrn. v. Erxleben in Selbelang, dem Hrn. v. Storch in Wildkuhl, dem Pastor Krickau in Stülpe, dem Hrn. Dr. Thaer in Moeglin. Eine Tochter dem Prem. Lieutn. v. Wangenheim in Naumburg a. S., dem Hrn. v. Scheven in Goldbeck, dem Kreisgerichtsdirektor Consbruch in Altenkirchen.

Todesfälle. Herr v. Wartenberg in Berlin, Fr. Zeidler in Cottbus, Freiherr v. Plettenberg-Heeren in Berlin, Fr. v. Petzinger in Gr. Bestendorff, ein Söhnchen des Pastors Krickau in Stülpe, ein Töchterchen des Pastors Zarnack in Gerswalde.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 23. Mai 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87⅝	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	—	102	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	106½	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	120¼	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	—	—
„ 3½ „ „	—	95½	—
„ 4 „ neue „	—	91½	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	85	—
Posener Rentenbriefe	—	94⅛	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	99	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen niedriger, pr. Mai 43½ Gd., Mai-Juni 43¼ bz. u. Br., Juni-Juli 43⅛ bz., ¼ Br., Juli-Aug. 43⅓ bz. u. Gd.

Spiritus nachgebend, gekündigt 6000 Qrt., mit Faß pr. Mai 18⅓ bz., Juni 18¼ bz., Juli 18½ bz. u. Br., Aug. 18¾ Br., Sept. 18⅞ bz.

Thermometer- und Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen vom 13. bis 19. Mai 1861.

Tag.	Thermometerstand. tiefster	Thermometerstand. höchster	Barometerstand.	Wind.
13. Mai	+ 8,5°	+ 21,0°	27 Z. 11,0 L.	SO.
14. „	+ 10,2°	+ 12,5°	28 „ 1,5 „	NW.
15. „	+ 6,0°	+ 10,8°	28 „ 2,6 „	NO.
16. „	+ 0,0°	+ 12,5°	27 „ 9,0 „	SW.
17. „	+ 4,2°	+ 7,8°	27 „ 8,4 „	NW.
18. „	+ 2,0°	+ 7,0°	27 „ 11,0 „	NW.
19. „	— 2,0°	+ 6,5°	28 „ 0,7 „	NW.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 22. Mai Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 4 Zoll.
„ 23. „ „ „ 3 „ 1 „

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Mai. Wind: W.-N.-W. Barometer: 28². Thermometer: früh 6° +. Witterung: regnigt.

Weizen loko 72 a 85 Rt.

Roggen loko 47 a 47¼ Rt., p. Mai-Juni 46¾ a 46⅝ Rt. bz., 46$\frac{1}{12}$ Br., 46¼ Gd., p. Juni-Juli 47¼ a 47⅛ a 46¾ Rt. bz. u. Gd., 46¼ Br., p. Juli-Aug. 47¾ a 48 a 47 Rt. bz. u. Gd., 47½ Br., p. August-Sept. 47¾ a 47⅛ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 49 a 48½ Rt. bz., 48⅛ Br., 48 Gd., p. Okt.-Nov. 48¾ a 48 Rt. bz.

Große Gerste 38 a 45 Rt.

Hafer loko 25 a 29 Rt., p. Frühjahr 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Mai-Juni 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 26½ a 26¼ Rt. bz., p. Juli-Aug. 26½ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 26½ Rt. Br.

Rüböl loko 11⅞ Rt. Br., p. Mai 11⅚ Rt. bz. u. Gd., 11⅞ Br., p. Mai-Juni 11⅚ Rt. bz. u. Gd., 11⅞ Br., p. Juni-Juli 11$\frac{11}{12}$ Rt. Br., 11⅚ Gd., p. Juli-Aug. 12 Rt. bz. u. Gd., 12$\frac{1}{12}$ Br., p. Sept.-Okt. 12⅓ a 12¼ Rt. bz., Br. u. Gd.

Spiritus loko ohne Faß 18$\frac{5}{12}$ a 18$\frac{11}{24}$ Rt. bz., p. Mai 18⅔ a 18$\frac{7}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 18⅔ Br., p. Mai-Juni 18⅓ a 18$\frac{7}{12}$ Rt. bz. u. Gd., 18⅔ Br., p. Juni-Juli 19 a 18¾ a 18⅔ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-August 19¼ a 19$\frac{1}{12}$ a 19⅛ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 19$\frac{13}{24}$ a 19¼ Rt. bz. u. Gd., 19⅓ Br., p. Sept.-Okt. 19⅜ a 19½ a 19¼ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Okt.-Nov. 18½ Rt. bez.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4⅔ a 5¼ Rt.
Roggenmehl 0. 3$\frac{7}{12}$ a 3⅔, 0. u. 1. 3⅛ a 3½ Rt.
(B. u. H. Z.

Stettin, 22. Mai. Wetter kühl und regnigt. Wind: S.-O. + 10° R.

Weizen loko p. 85pfd. gelber 70—86 Rt. bz., p. Mai-Juni 83/85pfd. 83½ Rt. Br., 83 Gd., 85pfd. 88 Rt. Gd., p. Juni-Juli 89 Rt. Gd., 83/85pfd. 83½ Rt. Br., 83 Gd., p. Sept.-Okt. do. 81 Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 43—45½ Rt. bz., 77pfd. p. Mai-Juni 44 Rt. Gd., p. Juni-Juli 44½ Rt. bz. u. Gd. (gestern Abend noch 45 Rt. bz.), p. Juli-Aug. 45 Rt. bz., p. Aug.-Sept. 45½ Rt. bz. u. Gd., p. Sept.-Okt. 46¼ Rt. bz. u. Gd., 46½ Br., p. Okt.-Nov. 46, 45¾ Rt. bz.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
76—87.	42—46.	36—40.	22—27.

Erbsen 42—46.

Kartoffeln 18 Sgr.
Heu 15—20 Sgr.
Stroh 5—6 Rt.

Rüböl loko 12 Rt. Br., p. Mai-Juni 12 Rt. Br., p. Sept.-Okt. 12½ Rt. bz. u. Br.

Spiritus loko ohne Faß 18$\frac{5}{12}$, ⅓ Rt. bz., mit Faß 18¾ Rt. bz., p. Mai-Juni 18⅔ Rt. bz., ⅔ Gd., p. Juni-Juli 19 Rt. bz. u. Br., p. Juli-Aug. 19 Rt. Gd., 19⅓ Br., p. Aug.-Sept. 19⅓ Rt. Br., ¼ bz., p. Sept.-Okt. 18⅔ Rt. bz., 18⅔ Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 22. Mai. Wetter: Das rauhe unfreundliche Wetter hält an, am frühen Morgen Regen bei + 5°.

Weißer Weizen 81—86—89—93, gelber 75—80—84—90 Sgr.
Roggen, 60—62—65 Sgr.
Gerste, 46—50—58 Sgr.
Hafer, 30—33—34½ Sgr.
Erbsen 53—59—65 Sgr.
Winterraps 80—90—100 Sgr.
Kleesamen. Rother 11—12½—14½ Rt., weißer 8—10—13—15 Rt.
Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles). 18⅔ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 50 bz. u. Br., Mai-Juni 49⅔—½ bz., Juni-Juli 49½—49 bz., Juli-Aug. 49 bz., Aug.-Sept. 49½—49 bz., Sept.-Okt. 49 Br. u. Gd.

Rüböl loko 11⅔ Br., p. Mai u. Mai-Juni 11$\frac{7}{12}$ bz., Juni-Juli 11⅔ Br., Sept.-Okt. 12⅓ Br.

Spiritus loko 18⅔ Gd., p. Mai u. Mai-Juni 18½ Br., Juni-Juli 18⅔—$\frac{7}{12}$ bz., Juli-Aug. 18⅔ bz. u. Gd., Aug.-Sept. 19 Gd. u. Br.
(Br. Hdlsbl.)

Hopfen.

München, 18. Mai. Hopfen. Neue Holledauer Waare 220—230 Fl., dito Spalter Stadtgut 230—240 Fl., dito Spalter Umgegend 225—240 Fl., dito Fränkische Landwaare 170—200 Fl. pro 112 Zollpfd.

Poperinghe, 17. Mai. Hopfen 100 Fr. pr. 50 Kil.

Alost, 18. Mai. Hopfen 180—160 Fr. pr. 100 Kil.

Telegraphischer Börsenbericht.

Hamburg, 22. Mai. Weizen loko einiges Geschäft zu letzten Preisen. Roggen loko matt, ab Königsberg stille; ab Petersburg Juli 67 bis 68 gefordert, 66—67 zu machen. Oel Mai 24⅝, Oktober 25¾. Kaffee unverändert. Zink stille.

Liverpool, 22. Mai. Baumwolle: 25,000 Ballen Umsatz. Preise ⅛—¼ höher als am vergangenen Freitage.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 22. Mai 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	77 G
Aachen-Mastricht	4	20½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80⅛ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	92½-92 bz u G
do. Lt. B.	4	80 G
Berlin-Anhalt	4	124 bz
Berlin-Hamburg	4	115¾ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	139½ bz
Berlin-Stettin	4	115½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	102¼-½ bz
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	151½-52¼ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33½ B
do. Stamm-Pr.	4½	74½ G
do. do.	4	79¼ bz
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	133 bz u G
Magdeb. Halberst.	4	228 G
Magdeb. Wittenb.	4	40 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	104¼-¾ bz u B
Mecklenburger	4	47 bz
Münster-Hammer	4	94½ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	97 G
Niederschl. Zweigb.	4	35 B
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44⅜ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	121 G
do. Litt. B.	3½	110 B
Oest. Franz. Staat.	5	134-33½-34 bz
Oppeln-Tarnowitz	4	33½ G
Pr. Wlh. (Steel-B)	4	54 bz
Rheinische,	4	83½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	22¼ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	77½ G
Stargard-Posen	3½	84½ bz
Thüringer	4	107¼ bz

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	115 G
Berl. Handels-Ges.	4	80 G
Braunschw. Bk. A.	4	68 B
Bremer do.	4	98½ B
Coburg. Kredit-do.	4	49¾ B
Danzig. Priv. Bk.	4	89⅔ bz
Darmstädter abgst.	4	72¼ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93½ G
Dessauer Kredit-do.	4	12¾ bz
Dessauer Landesbk.	4	22¾ bz
Disk. Comm. Anth.	4	84¼ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	25¾ bz
Geraer do.	4	70 B
Gothaer Priv. do.	4	69½ B
Hannoversche do.	4	92¼ etw bz
Königsb. Priv. do.	4	85 G
Leipzig. Kredit-do.	4	62⅔ G
Luxemburger do.	4	85 B
Magdeb. Priv. do.	4	80 etw bz
Meining. Kred. do.	4	70½ B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 G
Oestr. Kredit- do.	5	62-½-⅜ bz
Pomm. Ritt. do.	4	71 B
Posener Prov. Bank	4	82¾ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	123½ G
Rostocker Bank Akt.	4	105 B
Schles. Bank Verein	4	81 etw bz
Thüring. Bank-Akt.	4	53½ B
Vereinsbank. Hamb.	4	99¾ G
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73½ etw bz

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	95½ B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	57½ B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	65¾ G
Minerva, Bergw. A.	5	18 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	3¾ B
Concordia	4	104 G
Magdeb. Feuerversi. A	4	420 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	85½ bz
do. II. Em.	4	84½ B
do. III. Em.	4½	89¾ G
Aachen-Mastricht	4½	66½ B
do. II. Em.	5	64½-¾ bz
Bergisch-Märkische	5	101 G
do. II. Ser.	5	101 G IV 101¾ G
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	79¾ G
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	86 B
do. II. Ser.	4½	94½ G
Berlin-Anhalt	4	97¾ B
do.	4½	101½ B
Berlin-Hamburg	4½	103½ bz
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	95 G B. 95¾ G
do. Litt. C.	4½	101 G
do. Litt. D.	4½	100¾ bz
Berlin-Stettin	4½	101¼ G
do. II. Em.	4	91 bz
do. III. Em.	4	90¾ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	98 B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ G
do. II. Em.	5	104 B
Cöln-Minden	4	90½ G
do. III. Em.	4	87¾ G
do.	4½	97 G
do. IV. Em.	4	88 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	83¾ B
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95¼ G
do. conv.	4	94½ G
do. conv. III. Ser.	4	92 bz
do. IV. Ser.	5	100¾ bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	82 G, C. 90½ G
do. Litt. D.	4	90½ B
do. Litt. E.	3½	79¼ G
do. Litt. F.	4½	97½ bz
Oestreich. Französ.	3	254 bz u B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	81½ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	92 bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	93¼ G
do. II. Ser.	4	83½ G
do. III. Ser.	4½	89¾ bz
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	95½ G
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	102 bz II. 104¾ G
do. III. Ser.	4½	101¼ G
do. IV. Ser.	4½	100¼ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102 bz
Staats Anl. 1859	5	106⅞ bz
do.	4½	102¼ G
do. 1856	4½	102¼ G
do. 1853	4	97¼ bz
N. Präm St A 1855	3½	121 B
Staats-Schuldsch.	3½	88 G
Kur- u Neum. Schldv	3½	87¼ B
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102⅔ G
do. do.	3½	84½ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	105 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92 bz
Pfandbriefe: do.	4	100¾ bz
Pfandbriefe: Ostpreußische	3½	86 B
Pfandbriefe: do.	4	95¼ bz
Pfandbriefe: Pommersche	3½	88¾ G
Pfandbriefe: do. neue	4½	99 bz
Pfandbriefe: Posensche	4	101⅛ G
Pfandbriefe: do.	3½	95½ bz
Pfandbriefe: do. neue	4	91¼ bz
Pfandbriefe: Schlesische	3½	89¾ G
Pfandbriefe: B. Staat gar. B.	3½	— —
Pfandbriefe: Westpreußische	3½	84⅜ bz
Pfandbriefe: do.	4	95⅛ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97¾ G
Rentenbriefe: Pommersche	4	98 bz
Rentenbriefe: Posensche	4	94¼ bz
Rentenbriefe: Preußische	4	98 bz
Rentenbriefe: Rhein- u. Westf.	4	97 G
Rentenbriefe: Sächsische	4	99 G
Rentenbriefe: Schlesische	4	98 bz

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48¾ bz
do. National-Anl.	5	57-56¾-⅞ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	65 B
do. neue 100fl. Loose	—	54¾ G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87¾ G
Russische: 6. do.	5	100 G
Russische: Englische Anl.	5	102½ etw bz 4½% [90¼ G
Russische: N. Russ. Egl. Anl.	3	62 bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80½ bz u G
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93½ G
Polnische: do. B. 200 Fl.	—	23¼ bz
Polnische: Pfdbr. u. in SR.	4	85⅜ bz
Polnische: Part. O. 500 Fl.	4	92¼ B
Oestr. 5proz. Loose	5	61¼ bz
Hamb. Pr. 100 BM	—	93½ G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	49¼ bz u G
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¼ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	98¾ G

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113¼ bz
Gold-Kronen	—	9. 5½ G
Louisd'or	—	109⅜ bz
Sovereigns	—	6. 22 bz
Napoleonsd'or	—	5. 10 bz u B
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458½ bz
Dollars	—	1. 13 bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞-⅝ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞-⅝ bz
Fremde kleine	—	99½ G
Oestr. Banknoten	—	71¾ bz
Poln. Bankbillet	—	87 bz u G

Wechsel-Kurse vom 21. Mai.

Amsterd. 250fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141¼ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20⅔ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79$\frac{5}{12}$ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	70¾ bz
do. do. 2 M.	6	70¼ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99¾ bz
do. do. 2 M.	4	99$\frac{5}{12}$ bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95⅔ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¼ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86¾ B
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Die Haltung der heutigen Börse war fest.

Breslau, 22. Mai. Die Börse war günstig und besonders mit östreichischen Sachen höher.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 61¼-62 bz u Br. Schlesischer Bankverein 80½-⅔ bz. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 101¾ Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 120½ Gd. dito Lit. B. —. dito Prio. Oblig. 90$\frac{7}{12}$ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 97¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 79$\frac{5}{12}$ Br. Oppeln-Tarnowitzer 32¾ Gd. Rheinische—. Kosel-Oderb. 34½ Br. dito Prior. Oblig.—. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. 79¾ B.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., Mittwoch, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Anfangs unsichere Haltung, dann östreichische Effekten bei lebhaftem Geschäfte steigend.

Schlußkurse. Staats-Prämien-Anleihe 119½. Preuß. Kassenscheine 105⅛. Ludwigshafen-Bexbach 133¼. Berliner Wechsel 105¼. Hamburger Wechsel 87¼. Londoner Wechsel 118⅜. Pariser Wechsel 93¼. Wiener Wechsel 83. Darmstädter Bankaktien 183. Darmstädter Zettelbank 234½. Meininger Kreditaktien 71. Luxemburger Kreditbank 84. 3% Spanier 49⅛. 1% Spanier 42¾. Span. Kreditbank Pereira 480. Span. Kreditbank v. Rothschild 515. Kurheff. Loose 49¾. Badische Loose 52⅞. 5% Metalliques 48¼. 4½% Metalliques 41. 1854er Loose 63⅞. Oestr. National-Anlehen 55⅜. Oestr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 229. Oestr. Bankantheile 647. Oestr. Kreditaktien 145. Neueste östreichische Anleihe 61⅞. Oestr. Elisabethbahn 121½. Rhein-Nahebahn 21¾. Hessische Ludwigsbahn 104½.

Hamburg, Mittwoch, 22. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Ziemlich lebhaftes Geschäft.

Schlußkurse. Oestr. Franz. Staatsbahn —. National-Anleihe 56½. Oestr. Kreditaktien 61⅞. 3% Spanier 45¾. 1% Spanier 40⅞. Stieglitz de 1855 —. 5% Russen —. Vereinsbank 100½. Norddeutsche Bank 87⅞. Magdeburg-Wittenberg —. Nordbahn —. Diskonto —.

London, Mittwoch, 22. Mai, Nachmittags 3 Uhr.
Konsols 91¼. 1proz. Spanier 43 Mexikaner 22⅞. Sardinier 81. 5proz. Russen 102. 4½proz. Russen 91.

Paris, Mittwoch, 22. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3% eröffnete zu 69, 55, stieg auf 69, 65, fiel, als Konsols von Mittags 12 Uhr 91⅞ gemeldet waren, auf 69, 35 und schloß hierzu in matter Haltung.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 35. 4½% Rente 96, 20. 3% Spanier 49¼. 1% Spanier 43. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 510. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 706. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Amsterdam, Mittwoch, 22. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Ziemlich lebhaft.
5proz. östr. Nat. Anl. 53½. 5% Metalliques Lit. B. 68. 5proz. Metalliques 45⅞. 2½proz. Metalliques 24$\frac{5}{16}$. 1proz. Spanier 43¼. 3proz. Spanier 48⅞. 5proz. Russen —. 5proz. Stieglitz de 1855 95. Mexikaner 21¼. Holländ. Integrale 63⅛.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.